

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Woll und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen'.

Telegraphisch-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Werbefläche 80 Pfennig, Reklametexte 50 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 3. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das rasende Italien.

Ein zweifelhaftes Attentat mit grauenhaften Folgen.

Durch fünfzehn Jahre der faschistischen Massenwahnsinn. Ein stänkenjährender Knabe liegt tot, von vierzehn Dolchstoßen durchbohrt; eine zerfetzte Leiche.

So klar diese Ereignisse sind, so dunkel ist ihr Ausgangspunkt. Die 'Agenzia Stefani' selbst hat ihre ursprüngliche Angabe...

Nichts steht über die Vorgänge von Bologna fest, als daß dort ein Knabe im Tumult getötet wurde und daß der Duce unverletzt blieb.

Gibt es aber einen Täter, gibt es überhaupt ein Attentat von Bologna? Diese Frage muß man jetzt ernstlich erheben, denn die ganze Geschichte von dem Revolveranschlag...

Angesichts der grenzenlosen Verlogenheit, die das faschistische Regime zum Staatsgrundgesetz erhoben hat, und die durch die offizielle Unterdrückung einer jeden unabhängigen Presse...

attentats zu begründen, die sonst durch nichts bewiesen werden kann; denn die von 14 Dolchstichen durchbohrte Leiche des jungen Zamboni ist, wie die Faschistenregierung jetzt selbst zugeben muß, kein Beweis...

Die Vermutung, daß es überhaupt kein Attentat von Bologna gegeben hat, ist berechtigt angesichts der inzwischen bekanntgewordenen verdächtigen Einzelheiten...

Was also war es? Wirkliches oder gestelltes Attentat? Oder nur ein Ausbruch des Massenwahnsinns...

Rur sozial steht fest: das Haupt des Faschismus ist unverletzt. Und deren sind blutende, tödliche Wunden geschlagen worden. Der rasende Mob hat einen Knaben erschlagen...

Racheakte der Faschisten.

Gegen Presse, Professoren und sonstige Einzelpersonen.

Rom, 2. November. (EP.) Alle Oppositionsblätter in Rom, 'Mondo', 'Voce Repubblicana' und 'Risorgimento', sind verboten.

Wie der 'Popolo d'Italia' meldet, sind als Vergeltungsmahregeln für das Attentat an der Universität von Padua die antifaschistischen Professoren...

Gewerkschaften und Achtfundentag.

Ein Wohnungsbauprogramm der Gewerkschaften.

Gestern übergaben die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften der Presse ihre Forderung an den Reichstag, durch ein Notgesetz zur Wiederherstellung des Achtfundentages die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Außerdem übergaben die freien Gewerkschaften ein Programm zur Bekämpfung der Wohnungsnot unter eingehender Begründung ihrer Forderungen der Öffentlichkeit.

Wir bringen ausführliche Berichte über diese gewerkschaftlichen Kundgebungen, die für die künftige Wirtschafts- und Sozialpolitik von größter Bedeutung sind...

Kaffeehaus Petroschi beschleunigen, weil in diesem hauptsächlich Freimaurer und Antifaschisten verkehren sollen. Aus Varese werden 39 Verhaftungen gemeldet.

Aufforderung zur Lynchjustiz.

Mailand, 2. November. (Ill.) Der 'Popolo d'Italia' fordert in einem anscheinend inspirierten Extrablatt zur Lynchjustiz auf. Er schreibt: 'Die Volksjustiz ist die heilsamste Form der Rache.'

Rom, 2. November. (EP.) Die Blätter melden aus Cagliari, der Hauptstadt Sardiniens: Während einer Kundgebung begaben sich einige Demonstranten vor die Wohnung des Oppositionsabgeordneten Lussu...

'Der Attentäter Zamboni!'

Rom, 2. November. (EP.) Eine Mitteilung des Präkten von Bologna stellt fest, daß 'der Attentäter Zamboni' früher der faschistischen Jugendorganisation angehört...

Aufdeckung einer Verschwörung?

Rom, 2. November. (W.B.) 'Lavoro d'Italia' berichtet aus Rizza, daß dort eine Verschwörung italienischer und zweier Emigranten verhaftet worden seien...

Italienisch-französischer Zwischenfall.

Faschistenterror gegen Franzosen.

Paris, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag verübten Angehörige der faschistischen Miliz in Ventimiglia an der italienisch-französischen Grenze einen Überfall auf das französische Konsulat.

Vom Bahnhof zog die Bande vor das französische Konsulat, wo es einem Faschisten trotz der Abperrung durch italienisches Militär gelang, in das Gebäude einzudringen...

Eine Pariser Ill.-Medung gibt folgende weitere Einzelheiten: Auf die Erklärung, daß unter den 15 Eisenbahnern niemand die von den Faschisten behauptete spöttische Handbewegung gemacht hat...

## Enttäuschung über Hindenburg.

Vom „Friedericus“ zum „Arminius“. — Das Reichsbanner „der Todesstoß für die nationale Bewegung“.

Die rechtsradikale Zeitschrift „Friedericus“ war es, die zuerst die Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenschaft propagierte. Jetzt aber ist es der gleichfalls rechtsradikale „Arminius“, der schreibt:

Der Fall Hindenburg. Das ist nicht der schlimmste, leider aber der hoffnungsloseste aller Fälle. Daß der Reichspräsident in der Aufmerksamkeitsfrage das Volk enttäuscht, ist wohl auf seine mangelnde Information über diesen schwierigen volkswirtschaftlichen Komplex zurückzuführen. Und dem Alter eines Mannes, der glaubte sich mit achtzig Jahren aus bloßem Pflichtgefühl noch einmal für den Staat aufopfern zu müssen, ist manches, wenn auch nicht alles zugute zu halten. Allmählich aber wird die Enttäuschung übergroß! Hates wohl jemals einen Staatsführer gegeben, der derart wenig schöpferisch wirkte wie Hindenburg? Dazu kein persönliches Verhalten gerade in den Fällen, wo Dank und Treue am Platze wäre! Vom schon rein menschlich unbegreiflichen Benehmen gegen Ludendorff, bei dem er sich zuerst als Gast anmeldete, um sich ganze vierundzwanzig Stunden vorher auf telegraphischen Wirt hin wieder auszuladen, bis zur Preisgabe des Mannes, der unser heutiges Heer mühselig wieder aufbaute, führt eine gerade Linie. Hindenburg ist Frontsoldat von 1866 und 1870. Er gilt aus schwerer Zeit als Héros der Nation. Wie wollen wir das vergessen. Aber eines wollen wir vergessen: Daß er der Präsident des Deutschen Reiches ist, zu dessen eisenharter Führung andere Geister gehören.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß diejenigen Kreise, die am wenigsten von der Demokratie halten, am schnellsten bereit sind, ihre noch gestern angebeteten Führer zum alten Eisen zu werfen. Das ist bei den Rechtsradikalen genau so wie bei den Kommunisten.

Der ganze „Arminius“ ist übrigens ein einziger Jammer. Kann man doch in einem anderen Artikel mit der vielgelagerten Ueberschrift: „Liquidierung der nationalen Bewegung“ die Worte lesen: „Mußte der Stahlhelm so gefährdet werden, daß das Reichsbanner gegründet wurde, womit die nationale Bewegung ihren Todesstoß erhielt?“

Kann schon sein. Aber ihr großes Maul wird noch extra weitgeschlagen werden müssen. Da bekommt das Reichsbanner noch Arbeit genug!

## Länder und Finanzausgleich.

Ist Reinhold umgefallen?

Die Konferenz des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern ist am Dienstag begonnen und beendet worden. Ueber ihr Ergebnis wird, wie üblich, eine inhaltlose offizielle Meldung verbreitet. Beschlüsse werden auf derartigen Konferenzen nicht gefaßt. Sie dienen lediglich zur Information für die weitere Stellungnahme der Reichsregierung. Das Reichskabinett wird sich insofern wohl in den nächsten Tagen nochmals mit dem Problem des Finanzausgleichs beschäftigen müssen.

Obwohl die Finanzminister der Länder auf der Konferenz die Forderung nach Erhöhung ihrer Beteiligung an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 auf 90 Proz. vertreten haben, dürfte die Reichsregierung diesen Vorschlag nicht entsprechen, da es den Ländern nicht sehr ernst mit dieser Forderung ist. Erster ist ihr Widerstand gegen die Befreiung der Sondergarantie bei der Umsatzsteuer. Hier dürfte die Verständigung zwischen dem Reich und den Ländern auf dem Wege über die Erhöhung der Gesamtgarantie bei der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer zusammen von 2100 Millionen auf 2400 Millionen aussichtsreich sein.

Es ist ferner anzunehmen, daß die vom Reichsfinanzministerium geplante Aufhebung des § 35 des Finanzausgleichs, der den finanzschwachen Ländern mindestens 80 Proz. des Reichsdurchschnitts der Einkommensteuer pro Kopf der Bevölkerung

garantiert, den heftigsten Widerstand der dadurch benachteiligten Länder gefunden hat. Die Forderung in diesem Kampf aber hatte Bayern. Obwohl es gegenwärtig noch nicht durch die Aufhebung dieser Bestimmung benachteiligt ist, fühlt es sich bedroht, da es im nächsten Jahre in derselben Lage sein wird, wie die kleinen Länder. Deshalb erscheint die Meldung der „Germania“ nicht unwahrscheinlich, daß das Reichsfinanzministerium den Plan, den § 35 zu beseitigen, wieder fallen gelassen hat. Wir würden eine solche Stellungnahme außerordentlich bedauern. Sie offenbart eine derartige Unentschlossenheit in einer grundsätzlich so wichtigen Frage, daß die Zweifel an einer festen und entschlossenen Führung der Reichsfinanzpolitik nur noch bestärkt werden. Wir halten es jedenfalls für erforderlich, daß die Reichsregierung sich sofort zu der Behauptung äußert, daß das Reich wiederum einmal beim ersten Ansturm vor Bayern kapituliert hat.

## Die Erwerbslosenfürsorge.

Die Regierungsvorlage im Unterausschuß. — Kein Ergebnis.

Am Unterausschuß des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags wurde am Dienstag von dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die Stellung der Reichsregierung zur Erwerbslosenfürsorge bekanntgegeben. Die Reichsregierung ist unter anderem bereit, in der unterstützenden Erwerbslosenfürsorge

- a) für die Dauer des Winters, also bis zum 31. März 1927, die Bezüge sämtlicher Hauptunterstützungsempfänger (Bediende und Familienväter) um zehn Prozent zu erhöhen;
- b) zur Vereinfachung der Verwaltung und zur Vermeidung sozialer Schäden den Unterschied zwischen alleinlebenden und nicht alleinlebenden Arbeitslosen zu beseitigen und die nicht Alleinlebenden auf das Niveau der Alleinlebenden zu heben;
- c) die obere Grenze für die Erwerbslosenfürsorge so zu gestalten, daß auch das vierte Kind (der fünfte Familienangehörige) den vollen Zuschlag erhält;
- d) durch bindende Vorschriften sicher zu stellen, daß die Prüfung der Bedürftigkeit gleichmäßig und dort, wo es bloß nicht geschehen war, entgegenkommend gehandhabt wird. (Zur Befreiung von Bedarfsprüfungen für den Arbeitslosen und seine Angehörigen. Kleinerer Besitz, Spargroschen, Hausrat, kleines Eigenheim, das keine nennenswerten Nettoeinnahmen abwirft usw. darf nicht zur Verneinung der Bedürftigkeit führen);
- e) zu verhalten, daß Arbeitsstellen mit fortlaufender voller Arbeitstätigkeit im Wege der Pflichtarbeit besetzt werden.

Ferner sollen dem Reichsrat und Reichstag Vorlagen für gesetzliche Regelungen gemacht werden, nach denen das Wochenlohn und der Entbindungszuschlag der Ehefrau nicht auf die Erwerbslosenfürsorge des Ehemannes angerechnet werden und im Wege einer Arbeitsfürsorge die Ausgesteuerten, soweit sie noch arbeitsfähig und arbeitswillig sind, für die Dauer des Winters in der Erwerbslosenfürsorge verbleiben.

Die Lasten der Arbeitsfürsorge sollen zu Heben zehnmal vom Reich, zu drei zehnmal von der Gemeinde getragen werden. Für die Erhöhungen wird das Reich zur Abgeltung der höheren Kosten den Ländern einen angemessenen Pauschbetrag zur Verfügung stellen.

Die Beratungen der Regierungsvorlage im Unterausschuß haben zu keinem Ergebnis geführt. Ueber die Anträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist noch nicht abgestimmt worden. Was die Regierung vorschlägt, ist unzureichend. Die Entscheidung wird nunmehr der Sozialer Ausschuss des Reichstages zu treffen haben, der seine Beratungen heute morgen um 10 Uhr aufnimmt. Vorher wird die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer Besprechung der Lage zusammenzutreten.

## Zusammentritt der Parlamente.

Der Reichstag tritt heute nachmittags 3 Uhr zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen nur kleine Vorlagen. Der Präsident hat von seinem Recht, weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen, keinen Gebrauch gemacht.

Das Plenum des Reichstags wird sich voraussichtlich noch im Verlauf dieser Woche mit der Erwerbslosenfrage befassen. In der kommenden Woche dürfte der Nachtragssetz zur Verhandlung gelangen. Diese Beratung wird verbunden mit einer Aussprache über die Innen- und Außenpolitik. Die näheren Einzelheiten und das Arbeitsprogramm für die kommenden Wochen werden am Mittwoch von dem Vizepräsidenten des Reichstags beschlossen.

Auch der Landtag versammelt sich heute nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung seiner Sitzung steht die Besprechung der Typhusepidemie in Hannover.

## Auswärtiger Ausschuss.

Zusammenstoß zwischen Hoersch und Strefemann.

Die gestrige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in der die Fragen von Thoiry und Militärfragen behandelt wurden, dauerte bis gegen 2½ Uhr nachmittags. In der Debatte sprachen u. a. noch Abg. Birch vom Zentrum und zwei deutschnationale, Graf Westarp und Berndt. Auch der Reichsaussenminister Dr. Strefemann nahm noch einmal, zum drittenmal, das Wort.

„D. U. Z.“ und „Berliner Tageblatt“ sind trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen indiskret genug, mitzuteilen, daß es zu einem sehr scharfen Zusammenstoß zwischen Strefemann und dem deutschnationalen Abgeordneten Hoersch gekommen ist.

Am Schluß wurde ein Antrag der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen, worin beschlossen wurde, die Frage der Militärkontrolle einem Unterausschuß zu übertragen und die Reichsregierung aufzufordern, diesem Unterausschuß das gesamte einschlägige Material zugänglich zu machen. Die sachliche Stellungnahme soll im Auswärtigen Ausschuss so lange verlagert werden, bis der Bericht des Unterausschusses erstattet ist.

Zugunsten des angenommenen Antrages stellten die deutschnationalen einen eigenen Antrag zurück, den sie vorher eingebracht hatten und der sich auch auf die sachliche Seite der Militärkontrolle erstreckte hatte.

## Wendung im Fall Max Hölz.

Hölz an der Tötung des Guttsbesizers Hef ungeschuldig. Der wirkliche Täter meldet sich.

Der Reichsbegrüßungsausschuß trat gestern unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Moses im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um zur Affäre Max Hölz Stellung zu nehmen. Hölz ist vor dem Außerordentlichen Gericht des Reichs am 22. Juni 1921 nach siebenjähriger Verurteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Es sind in der letzten Zeit neue Momente aufgetaucht, die Anlaß zu einem Wiederaufnahmeverfahren geben könnten. Insbesondere haben einige der Hauptbelastungszeugen in dem Urteil gegen Max Hölz erklärt, daß sie ihre damals in der Ausregung gemachten Aussagen heute nicht mehr aufrechterhalten können, insbesondere, soweit sie die Tötung des Landwirts Hef betreffen, weswegen Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist. Hölz, der sich selbst vor Gericht zu allen ihm zur Last gelegten Tatsachen bekannt, hat sich von jeher mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, daß er der Landwirt Hef getötet haben soll. Wie die Verteidigung des im Zuchthaus zu Groß-Stralitz stehenden Max Hölz heute dem Amstie-Ausschuß mitgeteilt hat, ist der wirkliche Täter bereit, sich jetzt dem Gericht selbst zu stellen.

Der Ausschuss hat insofern den Beschluß gefaßt, sich zu vertagen. Es soll zunächst abgewartet werden, welche Erfolge die Verteidigung im Wiederaufnahmeverfahren beim Reichsgericht zu zeigen in der Lage ist.

Heinrich Hohenzollerns Kette nach Auba hat erst am 30. Oktober begonnen; bis jetzt kam ihn also der Gesandte der deutschen Republik in Havanna noch nicht feierlich begrüßt haben.

## Vom Werden des Tanzdramas.

Der Weg zum neuen Tanzdrama ist kein „Richtweg“. Er führt auf Seiten, Aben, und Sackgassen. Aber das Ziel steht fest: Ausmerzung der pantomimischen und akrobatischen und möglichsche Beschränkung der rein dekorativen Elemente. Je reiner eine Tanzschöpfung sich von diesen, dem alten Ballett entstammenden Resten hält, desto zukunftsreicher ist sie.

Die Berliner Tanzgruppe der Berthe Trümpy und die Kompositionen der Vera Skornel haben das Ziel fast restlos erreicht. Was sie in ihrer Routine im Theater am Rollen-dorfpark zeigen, war in der Hauptsache abstrakter Stil. In einer Strenge, die zuweilen schon asthetisch amutierte. Verzicht auf alle schauspielerischen Wirkungen — reiner Ausdruck bewegter Farbformen. Verzicht auf alles schmückende Schöntun — stattdessen Gruppenaufmarsch und die Gruppenentwicklung. Verzicht auf alle akrobatischen Elemente — sehr einfache Schritte, Schwünge und Spannungen. Reist langsame Tempi, verhaltene Dynamik. Mathematische Themen, zum Beispiel im „Mysterium der Form“: Entstehung und Umwandlung der Gradus, der Bogenlinie, des Kreises und der aus diesen Linien gebildeten Formen. Und doch alles von einem starken inneren Leben durchglüht. („Zum festlichen Beginn“, „In der strahlenden Mitte“), von reicher tänzerischer Phantasie gestaltet und daher das rhythmische Körpergefühl des Zuschauers zum Mitschwingen befehlend, hinreichend, bannend. Dieser Stil entfaltete sein Bestes in stimmungsvoller „Opfer“, („Schwingend sanftes Lied“), in erhabener Feierlichkeit („Getragen“), in der dumpfen Wucht leise stampfender Rhythmen („Gebannt“). Er erreichte seine größte Wirkung in der herrlichen Komposition „Das böse Quadrat“. Hier, trotz mehrerer Reminiscenzen an die russische Suite der Wigman, eine eigenartige, tief und klar empfundene, zitiere Gestalt rein dramatischer Visionen. Das Thema, der Mensch und das Schicksal, in ganz klarer abstrakter Formgebung eindrucksmächtig durchgeführt. Was diesem Stil mangelt, ist der dynamische Rausch. Daher kam das „Trilogische Tanzspiel“ nicht zu voller Wirkung. Es blendete, es betäubte, aber es rief nicht mit. In strenger, greifbarer, inkonsequenter Monumentalität, nicht im bacchantischen Wirbel liegt die Stärke des rhythmischen Stils, der hier kultiviert wird.

Die Tanzgruppe der Trümpy arbeitet sauber, klar, musterhaft exakt. Sie verlagte zuweilen in den rasch bewegten Szenen des „Tanzspiels“. Vera Skornel, in der Technik nicht immer sicher, ausdrucksvoll und eigenartig in der Aktion der Arme und des Oberkörpers, und die seine und temperamentvolle Lisa Czobor ragten unter den Einzeltänzern hervor.

Der körperliche Stil, der nicht durch menschliche Glieder, sondern durch abstrakte Farbformen wirken will, gelangt in seiner konsequenten Weiterführung zu Formgebungen, die den Körper des Tänzers ganz oder zum Teil in stereometrische Figuren, in farbige Regel, Kugel, Pyramiden, Würfel usw. hüllen. Wir lernten diesen extremsten modernen Tanzstil jetzt in dem „Triadischen Ballett“ kennen, das von Prof. Oskar Schlemmer in Dessau (früher im Weimarer Bauhaus) geschaffen ist und im Rahmen der Metropoli-Theater-Revue „Wieder Metropoli“ vor-

geführt wird. Ich glaube, daß in diesem Stil gewisse seelische Ausdrucksmöglichkeiten liegen, die der rhythmischen Bewegung des menschlichen Körpers unerreichbar sind. Einerseits in der Groteske und andererseits in der Pathetik einer alle menschlichen Maße übersteigenden Monumentalität mag er seine Stärke haben. Voraussetzung ist aber, daß den äußeren Formelementen eine innere Rhythmic entspricht, deren Wucht uns überzeugt und zwingt. Was im Metropoli-Theater geboten wurde, waren jede Tänzeleinzel banaler Art, die mit der Extravaganz der durchweg originellen und zum Teil sehr schönen Kostüme ein stilloses Gemisch bildeten. Ehe man ein Urteil über diese jüngste Entwicklungsphase des modernen Tanzstils fällen kann, müßte sich eine wirkliche tänzerische Schöpferkraft des Problems bemächtigt haben. John Schitowski.

## Staat und Hohenzollernscher Kunstbesitz.

Wilhelm v. Bode beschäftigt den preussischen Finanzminister.

Geheimrat Bode richtet an den preussischen Finanzminister ein Schreiben, in dem er interessante Aufschlüsse gibt über die seitliche Art, in der man bei der Aussonderung der dem Staat zuwollenden Gemälde aus den Schloßern und Gemäldebesitz verfahren ist. Er betont, daß — entgegen der Behauptung des Finanzministers — bei dieser Aussonderung die Fachleute der Staatensammlungen nicht hinzugezogen worden sind. „Wäre dieses geschehen, — schreibt er — so müßte ich als Leiter der Staatlichen Gemäldegalerie davon doch wohl etwas gemerkt haben.“

Bode fährt dann fort: „Sie berufen sich, sehr geehrter Herr Minister, auf „Vereinbarungen, die 1919 bis 1920 von der Museumsverwaltung, und zwar ausschließlich von dieser, über die Verteilung der wertvollen Kunstwerke aus dem Besitz des vormaligen Königshauses getroffen worden sind“. Dazu muß ich bemerken, daß die definitive Aufteilung des Kunstbesitzes zwischen Staat und Krone der Generalverwaltung der Museen überhaupt nicht zustand, und daß letztere damals nur in der Lage war, eine kurze, vorläufige Liste derjenigen Kunstwerke vorzulegen, die vom musealen Standpunkt aus in allererster Linie für unsere Staatssammlungen in Frage kamen. Eine auch nur annähernd vollständige Uebersicht über den Kunstbestand der Schloßern und Depots war bei der starken räumlichen Zersplitterung und dem außerordentlichen Umfang des ehemals königlichen Kunstbesitzes zu jener Zeit ein Ding der Unmöglichkeit. Seitdem ist nun aber ein reichliches halbes Jahrzehnt verstrichen, ohne daß eine sachkundige Durchsicht des allein über 10 000 Stück zählenden Gemäldebestandes unter Berücksichtigung der musealen Gesichtspunkte erfolgt wäre, wie denn überhaupt bei dem kunsthistorischen Beamten des Finanzministeriums niemals das Verlangen, mit uns Museumsfachleuten zusammenzuwirken, erkennbar geworden ist.“

Bei dem Ausbau der staatlichen Sammlungen kommt es keineswegs nur auf diegenannte Hauptliste, wie etwa die Watteaus, Chardins usw. an, sondern auch auf solche Stücke, die den entwicklungsgeschichtlichen Gedanken, dessen klarer Herausstellung gerade die Berliner Museen ihre eigentümliche Bedeutung verdanken, fördern und betonen. Auch ohne daß es mir vorgemittelt gewesen ist, die Bestände der Schloßern einer systematischen Durchsicht zu unterziehen, kann ich doch auf Grund älterer Erfahrungen mit Bestimm-

heit behaupten, daß diese ein reiches für unsere Sammlungen wichtiges Material enthalten. Ich denke dabei nicht — oder jedenfalls nicht in erster Linie — an Werke, die einen so beträchtlichen finanziellen Wert darstellen, wie der kürzlich von uns zurückgeworbene Hobbema, wohl aber an Stücke von hoher kunsthistorischer Bedeutung, die unsere Museumsbestände nach bestimmten Richtungen wertvoll ergänzen würden. Ich kann nur aufs neue betonen, daß eine Berücksichtigung dieser dringenden musealen Interessen des Staates seitens des Finanzministeriums nicht erfolgt ist, gebe aber der Hoffnung Ausdruck, daß das in dieser Richtung Verjämte, ehe es endgültig zu spät ist, nachgeholt werden möge.

Don Sturzo über den Faschismus. Wie der „Corriere degli Italiani“ aus London erfährt, ist ein neues Buch von Don Sturzo, des Gründers der italienischen katholischen Volkspartei, unter dem Titel „Italien und der Faschismus“ soeben in England veröffentlicht worden und wird auch im Laufe des November in Deutschland erscheinen. Dem Buch geht eine Vorrede voraus, die der berühmte Hellenist Prof. Gilbert Murray von der Universität Oxford, Präsident der englischen Liga für den Völkerbund, geschrieben hat. In dieser Vorrede erkennt Murray die große Objektivität des Verfassers an und bemerkt unter Zitat einiger kriegsgerichtlicher Urtheile über faschistische Politiker über internationale Fragen, daß das Buch bestimmt sein werde, dem Faschismus einen großen Teil der Intelligenz abspenstig zu machen. Das erwähnte Blatt fügt hinzu, die freimütige Diagnose der moralischen und wirtschaftlichen Ursachen des Faschismus, die offene Politik für Freiheit und Völkerbund, die Untersuchung über die unauflösblichen Zusammenhänge des nationalstaatlich-faschistischen Imperialismus durch den hervorragenden Führer der katholischen Volkspartei sei geeignet, in vielen die Hoffnung darauf wieder lebendig zu machen, daß das italienische Volk, das nicht notwendigerweise mit dem offiziellen Italien identisch zu sein braucht, nicht zögern werde, nach der nationalen auch die liberale Wiederaufstehung zu begehen.

Gegen die Schand- und Schmutzgeheulerei. Gemeinam mit dem Bund entschiedener Schulreformer veranstaltete die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ heute im ehemaligen Herrenhaus, Leipziger Straße, abends 8 Uhr, unter obigem Titel eine Versammlung mit Diskussion. Als Hauptredner werden auftreten: Arius Hollitzer, Prof. Paul Oestreich, C. v. Ostfeld, Gerda Wegl.

Die Galerie Wilschke, Viktoriastr. 2, eröffnet am 15. eine Ausstellung junger Künstler.

Der Kunstsalon Fritz Spamer, Schillerstr. 5 (am Ahornplatz), stellt im November Landshut-Portale und Porträt-Bezeichnungen von Leo Prochownik (Berlin) aus.

Die dritte Kammer des Grabes Intanthonas wurde kürzlich geöffnet. Obwohl sie nicht so reich ausgestattet war, wie die zwei ersten, so ist doch ihre geschichtliche Bedeutung sehr groß, da sie alle bei den Begräbnisfeierlichkeiten gebrauchten Gegenstände enthält.

Ein neuer Wechselgeld-Automat. Während man in Deutschland bis jetzt im allgemeinen nur Wechselgeld-Automaten kennt, die nicht mehr als ein einzelnes Geldstück, meist 5 Pennige, herausgeben, hat die Schweizer Untergrundbahn jetzt 25 neue Apparate aufgestellt, die je nach dem eingeworfenen Geldstück verschiedene Differenzen herausgeben können, und zwar entweder 4 Pennige oder 10 Pennige.

## Reichsmillionen für Sportverbände.

Aber die Arbeitersportler werden ausgeschaltet.

Aus Sportlerkreisen wird uns geschrieben:

Seit Bestehen der Republik fördert das Reich die Leibesübungen, indem es den Spitzverbänden, darunter auch der Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege Beihilfen gibt. Die Reichsregierung läßt sich in sportlichen Dingen durch den Reichsbeirat für körperliche Erziehung beraten und hat auch dessen Rat bei Verteilung der Beihilfen stets gehört. Eine Ausnahme davon wurde gemacht durch das Kabinett der Rechtskoalition unter Schiele und Schlieben. Während der ganzen Amtszeit des Herrn Schiele ist der Beirat nicht einberufen worden. Seinen Vorsitzenden, Staatssekretär Heinrich Schulz, hatte man bekanntlich aus dem Amt hinausgeschickt. Diese Zeit haben die bürgerlichen Sportler unter Leitung des früheren Staatssekretärs Dr. Lewald benutzt, um für sich eine Extramur zu draten. In aller Stille haben sie mit den beiden deutschnationalen Ministern gefahndelt und erreicht, daß ihnen eine Million Reichsmark für die erste Bauperiode des Sportforums im Grunewald gewährt wurde. Im Reichstage hatte man ebenfalls in aller Stille die bürgerlichen Parteien für den Plan zu gewinnen gewußt, so daß dort eine Mehrheit geföhrt war. Ehe noch die Öffentlichkeit davon Kenntnis erlangt hatte, war die Forderung in der zweiten Lesung des Haushalts bewilligt worden.

Das geschah zu einer Zeit, als der Arbeiter-Turn- und Sportbund den Bau seiner inzwischen fertig gestellten Bundesschule schon begonnen hatte, ohne eine Reichsbeihilfe erbeten zu haben. Die Bundesleitung hatte von einem Antrag abgesehen, weil bis dahin das Reich grundsätzlich Beihilfen zu Bauvorhaben abgelehnt hatte und nach ausdrücklicher Erklärung des zuständigen Dezernenten auch an diesem Grundhof festhalten wollte.

Die Arbeitersportverbände hätten sich mit dieser Haltung der Regierung abgefunden, wenn die Regierung ihrem Grundhof selbst treu geblieben wäre. Nachdem sie aber von ihm abgewichen war, forderten auch die Arbeitersportler nicht nur grundsätzlich die Wiederherstellung des Gleichgewichts, sondern sie benötigten auch sehr dringend einer Beihilfe, weil die inzwischen eingetretene Wirtschaftskrise die finanzielle Leistungsfähigkeit der Mitglieder stark herabgedrückt hatte. Zur Fertigstellung des Baues müßten Darlehen aufgenommen werden, denn eine Abstopfung des Bauprogramms hätte zu einer starken Erhöhung der Baukosten geführt.

Als die Arbeitersportler von der Bewilligung der Million für das Sportforum hörten, stand nur noch die dritte Lesung des Haushaltsplanes aus. Sie veranlaßten die sozialdemokratische Fraktion, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die dritte Lesung fand aber erst kurz vor Beendigung des Etatsjahres statt, was zu einer Drosselung der Beratung führte. Anträge konnten nicht mehr gestellt werden. Aber auch im neuen Etat hatte die Regierung keinen Posten eingestellt. So kam es, daß der Reichstag die Regierung in einer Entschließung aufforderte, zu prüfen, inwieweit eine Unterstützung vorläufiger Bauvorhaben auf dem Gebiete der Leibesübungen sich empfehle. Gegebenenfalls sollte sie im Nachtragsetat Mittel anfordern.

Rundmehr ist der Nachtragsetat dem Reichstag zugegangen, aber es befindet sich kein Posten zugunsten der Arbeiter-Turn- und Sportvereine darin. Durch einen Kabinettsbeschluss ist ein entsprechender Antrag des Reichsmilitärministeriums des Innern abgelehnt worden.

Gegen diese schreiende Ungerechtigkeit erheben nicht nur die Arbeitersportverbände den schärfsten Protest. Die gesamte Arbeiterschaft ist stolz auf ihre neue Turn- und Sportvereine und wird es nicht dulden, daß die Regierung der Republik ihr dem Makel der Minderwertigkeit aufdrückt. Sie wird es nicht dulden, daß die alte Praxis des Kaiserreichs auch in der Republik geübt wird, wonach dem Bürgerium schiefweise gegeben wird, während man der Arbeiterschaft nur den Rat gibt, sich den bürgerlichen Verbänden anzuschließen.

Der Regierung steht nicht das Recht zu, der Arbeiterschaft gute Lehren über ihr Verhalten zu erteilen, sie hat Gerechtigkeit gegenüber allen Schichten der Bevölkerung walten zu lassen. Hoffentlich fühlen auch die bürgerlichen Linksparteien, daß das Vorgehen der Regierung für die Republik eine zu starke Belastungsprobe darstellt und helfen im Reichstag dabei, daß der Schaden wieder gutgemacht wird.

## Der britische Arbeiterwahlsieg.

Vorbote der Parlamentswahl.

London, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag abend vorliegenden Ziffern über den Ausgang der Stadt- und Gemeindevorstandswahlen in England und Wales lassen den Erfolg der Arbeiterpartei noch größer erscheinen als die ersten Wahlergebnisse. Die Arbeiterpartei hat demnach 185 Sitze neu gewonnen und 35 verloren; der Gesamtgewinn ist 150 Sitze, wobei besonders folgende Gewinne bemerkenswert sind: Birmingham 8, Manchester 7, Liverpool 6 Sitze. Die Labour Party hat in allen Bergarbeiterstädten große Fortschritte zu verzeichnen. Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ schreibt, das Ergebnis sei nicht nur ein Zeichen für die Macht der Arbeiterbewegung, sondern besonders dafür, daß die Fint im Steigen ist, die die Konservativen bei der Neuwahl des Unterhauses hinwegschwemmen werde.

## Das Testament Lenins.

Sein Urteil über Stalin und Trozki.

In dem Kampf zwischen Stalin und Trozki spielt seit langem das sogenannte „Testament Lenins“ eine große Rolle. Es wird jetzt auf Grund einer Publikation eines amerikanischen früheren Kommunisten auch in der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Das Organ der russischen Sozialdemokratie, der „Sozialistische Bote“ hat bereits im Juli 1924 darüber ausführliche Angaben veröffentlicht. Sider zitiert ein solches Testament. Ob der in der „Frankfurter Zeitung“ veröffentlichte Wortlaut vollkommen authentisch ist, kann man bezweifeln, mindestens ist die Uebersetzung ungenau. Tatsache ist aber, daß im Jahre 1924 bei den Verhandlungen des damaligen Parteitag bereits über dieses Dokument gesprochen wurde. Lenins Witwe, die Krupskaja, bestand damals auf der Verlesung vor dem Plenum des Kongresses; sie konnte aber damit nicht durchbringen.

In diesem Testament wird von Status Eigeninn und vor der Gefahr, die aus seiner Machtfülle als Generalsekretär der Partei erwachsen kann, gewarnt, ihm gegenüber Trozki als der weitaus Befähigtesten bezeichnet, auch die übrigen Mitglieder des Zentralkomitees, wie Sinowjew und Bucharin, von dem Lenin sagt, er sei ein Scholastiker und verstände nicht dialektisch zu

# Todesstrafe für Schulz und Klapproth.

Die Strafanträge im Landsberger Prozeß.

BS. Landsberg (Warthe), 2. November 1926.

Am Schluß ihres zweitägigen Plädoyers stellten die Vertreter der Anklage im Landsberger Fememordprozeß folgende Strafanträge:

Oberleutnant Schulz wegen Anstiftung zum vollendeten Mord Todesstrafe.

Erich Klapproth wegen gemeinschaftlichen Mordes Todesstrafe.

Oberleutnant Raphael wegen Beihilfe zum vollendeten Mord zu 6 Jahren Zuchthaus, wegen Meineides zu 6 Monaten Gefängnis, umzuwandeln in 4 Monate Zuchthaus, wegen schwerer Körperverletzung, Nötigung und Anstiftung hierzu zu 2 Jahren Gefängnis, umzuwandeln in 16 Monate Zuchthaus, diese Strafen zu einer Gesamtsstrafe von 7 Jahren Zuchthaus zusammenzuziehen unter voller Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Vogel wegen Beihilfe zum vollendeten Mord zu der Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus, ferner wegen Meineides zu 6 Monaten Gefängnis, umzuwandeln in 4 Monate Zuchthaus, zusammenzuziehen in eine Gesamtsstrafe von 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus, unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft.

Willi Klapproth wegen Beihilfe zum vollendeten Mord zur Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus, unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft.

Glasier wegen Beihilfe zum vollendeten Mord zur Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus, unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft.

Schiburr wegen fortgesetzter schwerer Körperverletzung und Nötigung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Beder wegen Anstiftung zur schweren Körperverletzung und Nötigung zu 9 Monaten Gefängnis. Fride wegen fortgesetzter Körperverletzung und Nötigung zu 6 Monaten Gefängnis. Grach wegen fortgesetzter Körperverletzung und Nötigung zu 4 Monaten Gefängnis. Rohm von der Anklage der Körperverletzung und Nötigung freizusprechen.

Im weiteren Verlauf der Vormittagsession in Landsberg wurde Oberleutnant Schrenk vernommen, der gemeinschaftlich mit Beder das Protokoll zum Fall Gröschke dem Oberleutnant Schulz übergeben hatte. Er ist außerordentlich gewissenhaft in seinen Aussagen und bestätigt die Hauptpunkte der Aussagen Beters, obwohl der Vorsitzende ihn mit einer auffallenden Barschheit behandelt. Die Frage des Schatz an Beder: „Haben Sie schon einmal einen Menschen getötet“ und seine Bemerkung über die Moorlöcher ist Schrenk bereit zu beeciden. Ebenfalls daß er darauf Beder unter dem Eindruck warnend angesehen hat, daß Schulz etwas Gewalttames plante. Oberleutnant Schrenk hielt bei seiner Darstellung trotz sehr erregter und immer wieder einander der Vorhaltungen des Vorsitzenden und verschiedener Interventionen der Verteidigung. Der Angeklagte Schulz bezeichnet dagegen den Sachverhalt als unmöglich.

Nachdem alleseitig auf den Sachverständigen Oberst Gudavius verzichtet worden war, schließt der Vorsitzende vorläufig die Beweisaufnahme und läßt eine Pause eintreten.

## Der Ankläger spricht.

Nach der Pause verzichtet der Vertreter der Anklage zunächst auf die Vernehmung der Zeugen Schmidt und v. Albert. In seiner Anklagerede erklärt dann Oberstaatsanwalt Kohrlack zunächst, daß der Fall Gröschke graufige Bilder aufgerollt habe. Schulz sei kein Durchschnittsmensch, sondern ein tapferer Soldat, der sich bei der Bildung der Arbeitskommandos erhebliche Verdienste erworben habe, wie auch die Arbeit der Arbeitskommandos zu loben sei, die bei lätglichem Lohn unter Einsetzung ihres Lebens oft eine gefährliche Tätigkeit auf sich genommen hätten, wobei die Verpflichtung zur Verschwiegenheit es mit sich gebracht habe, daß die Rannschaft von den Führern in schärfster Weise vor Verrat gewarnt wurden.

Der Anklagevertreter geht dann zum Fall Gröschke selbst über. Nach der Beweisaufnahme sei anzunehmen, daß Gröschke kein Kommunist war. Fünf Tage nach dem Eintritt des Gröschke sei Schulz in Küstrin angekommen und habe jene Unterredung mit Beder und Schrenk gehabt, bei der er die bestimmten Anweisungen gemacht, von Moorlöchern und von Gift gesprochen haben soll. Spätestens am Tage danach sei er selbst im Fort Gorgast gewesen und habe sich in Küstrin dann mit Klapproth und Böhling über die Befestigung des vermeintlichen Spihels beraten. Für den 22. Juni, der zur Ausführung der Tat bestimmt worden sei, seien Willi Klapproth, Vogel und Glasier nach Fort Gorgast aus Berlin und Frankfurt a. d. O. abkommandiert worden. Am Abend dieses Tages seien Klapproth, Böhling und Glasier im Auto in Gorgast eingetroffen. Böhling habe die Zelle erbrochen und Anstalten gemacht, Gröschke sofort niederzuschlagen, was Klapproth verhindert habe. Dann habe man Gröschke zum Auto gebracht und sei abgefahren. Auf der Fahrt sei Gröschke dann ermordet und in einer Schonung vergraben worden. Daran, daß Gröschke von Böhling ermordet worden sei, bestehe kein Zweifel. Die Anklage bezeichne Erich Klapproth als Mittäter, Glasier, Raphael, Willi Klapproth und Vogel als Beihilfen und Schulz als Anstifter. Klapproth habe entgegen seiner Angabe sicher vorher schon gewußt, was mit Gröschke geschehen sollte, zumal nach den ganzen Vorbereitungen ein bloßer Abtransport des Gröschke nach einem anderen Fort ganz unwahrscheinlich war. Klapproth und Böhling hätten ja auch dieß zusammen schwierige Aufträge ausgeführt, sie seien gute Freunde gewesen, auch wenn sie sich gelegentlich mal in die Haare gerieten. Auf Grund der Beweisaufnahme sei Klapproth als Mittäter des gemeinschaftlichen Mordes schuldig.

Der Angeklagte Raphael habe als Fortkommandant schon zu einem früheren Zeitpunkt, als die Anklage es angenommen hat, nämlich spätestens nach Eintreffen von Willi Klapproth, Vogel und Glasier, von dem Plan gewußt. Er habe an der Vorbereitung des Unternehmens mitgewirkt. Als der Anklagevertreter den Fall Gädike zum Vergleich heranziehen will, unterbricht ihn der Vorsitzende mit dem Einwand, daß dieser

Fall nicht Gegenstand des Prozesses sei und unterlagt den Geschworenen, diese Feststellungen zur Grundlage der Urteilsberatung zu machen.

## Schulz der Anstifter.

Nachdem der Anklagevertreter sich mit den anderen Angeklagten beschäftigt hat, wendet er sich dem Angekl. Schulz zu: Schulz bestreitet, daß er Klapproth und Böhling den Befehl zur Befestigung Gröschkes gegeben habe. Beder Anstiftung nach Beihilfe lägen in seiner Natur, lieber hätte er das selbst getan. Außerdem habe er von dem Fall Gröschke gar nichts gewußt. Die Frage ist nun, ob die Hauptverhandlung den Indizienbeweis erbracht hat. Wenn die Angaben von Schrenk und Beder über ihr Gespräch mit Schulz richtig sind, dann besteht kein Zweifel daran, daß Schulz sich mit dem Gedanken getragen hat, Gröschke als kommunistischen Spion verschwinden zu lassen. Zu Unrecht hat die Verteidigung diese beiden als unglaubwürdig hingestellt, denn nach zwei Jahren kann man nicht mehr alle Einzelheiten genau schildern. Beder hat in der Hauptverhandlung einen sehr guten Eindruck gemacht. Wenn seine Angaben von Schrenk nur zum Teil bestätigt worden sind, so beweist das aber, daß auch seine übrigen Angaben richtig sind, auch die Begründung, daß Schulz erklärt habe, er als Leiter der Organisation wolle mit der Sache nichts zu tun haben. Dadurch ist erwiesen, daß Schulz tatsächlich die Absicht hatte, Gröschke zu töten. Gröschke ist auch getötet worden. Ist das aber auf Befehl von Schulz geschehen? Das ist der springende Punkt. Schulz war zwar in Gorgast, aber nicht in der Zelle von Gröschke. Zweifellos ist er aber von Raphael genau unterrichtet worden. Klapproth und Böhling waren seine Vertrauten. Weiter ist eine Reihe von Personen zur Ausführung dieser Tat verwendet worden, die nur von einer Stelle aus in Bewegung gesetzt werden konnten. Böhling oder Klapproth konnten das nicht veranlassen, dazu war eine höhere Stelle erforderlich, wie ja tatsächlich der Befehl an Willi Klapproth und Vogel von der Division in Berlin ausgegangen ist. Aus Grund der Beweisaufnahme ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß Schulz die Stelle war, die das veranlaßt hat. Dabei ist unerheblich, ob er es selbst getan hat oder durch seine Untergebenen. Er hatte ja auch ein erhebliches Interesse daran, daß dieser Fall nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit und damit der Entente kam, denn dann floß nicht nur das Kommando Gorgast, sondern die ganze Abteilung Küstrin auf. Die verstellte Anstiftung lag schon in seinen Äußerungen zu Schrenk und Beder, die weitere Beihilfe in der Beförderung von Gift. Schulz hatte nicht nur den Tötungswillen, er hat auch den Befehl zur Tötung von Gröschke an Böhling oder Klapproth oder beide zusammen gegeben. Dieser Befehl ist auch ausgeführt worden. Durch Lieberredung oder Mißbrauch seines Ansehens hat Schulz auch beide veranlaßt, die Tat zu begen. Er ist der Anstifter zum Mord schuldig.

Raphael ist ferner des Meineides schuldig, weil er eine falsche Aussage in der Voruntersuchung bekräftigt hat.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Swemann vertrat darauf die Anklage wegen Körperverletzung und Mißhandlung und stellte die diesbezüglichen Strafanträge. Anschließend daran stellte Oberstaatsanwalt Kohrlack die Anträge in der Voruntersuchung. Er betonte hierzu, daß bei Schulz die Anstiftung zum vollendeten Mord erwiesen sei und daß nach dem Befehl der Anstifter wie der Täter bestraft werden müsse. Auf Mord siehe nur eine Sühne, die Todesstrafe. Mildernde Umstände seien nicht vorhanden. Das gleiche gelte für Klapproth, der als Mittäter am vollendeten Mord wie der Täter bestraft werden müsse. Glasier habe nur in unerheblichem Maße Beihilfe zum Mord geleistet, deshalb komme bei ihm die Mindeststrafe in Frage, dagegen müsse Raphael viel härter bestraft werden, weil ihm als Fortkommandanten Gröschke anvertraut war, und weil Raphael sich über seine Pflichten hinweggesetzt habe. Strafmildernd komme bei ihm nur in Betracht, daß er unter dem Einfluß von Schulz gestanden habe, der ihn in der Hand gehabt habe.

Auf die Frage von Rechtsanwalt Dr. Saß, wie sich die Staatsanwaltschaft zur Frage der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte stelle, erwiderte Oberstaatsanwalt Kohrlack, wenn er das gewollt hätte, dann würde er das auch beantragt haben.

Nach einer halbstündigen Pause begannen dann die Plädoyers der Verteidigung, soweit es sich um das Delikt der Körperverletzung handelt. Um 8½ Uhr wurde die Verhandlung auf Mittwoch, 9 Uhr vormittags (Verteidigung der wegen Mordes Angeklagten) verlag. Im Laufe des Nachmittags würde, wenn kein Zwischenfall eintritt, das Urteil gesprochen werden.

## Anträge zum Fall Gädike.

Das Schwurgericht wird am Donnerstag, Freitag und Sonnabend drei andere Prozesse verhandeln, und am Montag mit dem Fememordprozeß gegen Klapproth, Hagn und Schulz wegen Mordversuchs an dem Feldwebel Gädike beginnen. Rechtsanwalt Dr. Löwenthal-Berlin hat für diesen Prozeß die Ladung weiterer Zeugen beantragt, so eines gewissen Joachim Feldmann, der betunden soll, daß Klapproth ihm erklärt habe: „Hüte dich, daß du nicht unter die Spindel kommst, denn es ist leicht, einen Menschen um die Ecke zu bringen. Zwei Schüsse in den Hinterkopf genügen, um den Menschen garantiert tot zu kriegen.“ Weiter soll der im Schweriner Fememordprozeß verurteilte Oberleutnant Schöler geladen werden, dem ebenso schon bekannt gewesen sein soll, daß Klapproth und Böhling auf Befehl von Schulz vermeintliche Spihel und Verräter umgebracht hätten. Klapproth soll sogar einmal auf einem Motorrad eine Leiche aus Küstrin hinaus befördert haben. Schöler soll auch angeben, daß er zusammen mit dem Oberleutnant Fehr, v. Senden und Oberleutnant von Grolmann sich öfters bei Major Buchender darüber beschwert hätten, daß Schulz sowie Klapproth und Böhling planmäßige Aufträge zur Befestigung von Verrätern ausgeführt hätten. Ferner soll der in Schwerin abgeurteilte Feldwebel Boldt als Zeuge darüber vernommen werden, daß er bei seiner Verpflichtung durch Oberleutnant Schulz darauf hingewiesen worden sei, daß Ungehorsam und Verrat schwer bestraft würden. Ebenso soll Boldt auch wissen, daß Klapproth, Böhling und Feldwebel allgemein als Mordkommissionen (M.K.) bezeichnet wurden, daß derjenige, besentwegen sie irgendwo plötzlich erschienen, „reif“ war, d. h. durch Selbstsuizid bestraft werden sollte.

denken — werden so eindeutig gekennzeichnet, daß man deutlich aus dieser Charakteristik Lenins Ausdrucksweise wiedererkennen.

Heute hat freilich dieses Dokument keine Bedeutung mehr. Vor Jahren mochte der Kampf zwischen Stalin und Trozki noch als ein persönlicher Kampf angesehen werden, seitdem sind zu den persönlichen Gegensätzen zwischen Trozki — dem ehrgeizigen und eifigen Literaten — und Stalin — dem Unteroffizier-Bolschewisten — solche sachliche Gegensätze hinzugekommen, seitdem hat sich der Kampf aus einem persönlichen so sehr zu einem politischen zugespielt, daß heute ganz andere Gesichtspunkte in Frage kommen. In den Debatten in der russischen Partei spielt dieses Dokument heute keine Rolle mehr.

Sozialdemokratie und Große Koalition. In einem Teil der bürgerlichen Presse wird eine Rede des Grafen Löbe für die Große Koalition verbreitet, die von ihm niemals gehalten worden ist. Angeblich soll diese Stellungnahme auf der Bezirkskonferenz der schlesischen Sozialdemokratie am vergangenen Sonntag

in Breslau erfolgt sein. Diese Veranstaltung war lediglich den Delegierten und Berichterstattern der sozialdemokratischen Presse zugänglich, so daß die Berichte der bürgerlichen Organe nur aus zweiter Quelle stammen können. Ihr Wert ergibt sich damit von selbst. Richtig ist, daß sich Löbe in der Debatte gegen einen Redner wandte, der grundsätzlich jede Koalitionspolitik ablehnte. Ein Wort für die Große Koalition ist dabei nicht gefallen.

Ein französischer Konsul in China getötet. Der französische Konsul Robert in Lungschau ist während einer Automobilfahrt von Räubern getötet worden. Ein anderer Franzose und der annamitische Chaußeur konnten sich retten. Die chinesischen Behörden haben ein Bataillon zur Verfolgung der Räuber entsandt.

Der Verband für europäische Verständigung veranstaltete gestern eine Kundgebung im Reichstag. Es sprachen Schüling (Dem.), Wiffell (Soz.), Raas (Z.) und andere, unter ihnen der Parteileiter Rahl, der zwar nicht in den einzigen Frieden glaubt, aber dennoch erklärte: „Durch Rechtspolitik ist die Beistellung Deutschlands nicht mehr zu gewinnen. Wer daran glaubt, ist entweder ein unheilbarer Idealist oder ein politischer Hochstapler.“



# BERLINS



Nichts Köstlicheres, als im Frühjahr die Obst-, besonders aber die Birnenblüte an den Ufern der böhmischen Elbe. Und wie Berber für Berlin die Birchen liefert, so das deutsche Böhmerland die Birnen, aber auch Äpfel. Die Birne jedoch herrscht vor. Das Obst, Birne, Äpfel und Kirsche spielen deshalb im Haushalt des deutschböhmischen Kleinbauern eine große Rolle, und sobald die Blüte vorbei ist, gibt es in den dörflichen Wirtschaften leidenschaftliche Debatten über die kommende Ernte. Gerät die Birne mäßig, dann zahlt der Großhändler wohl gute Preise, aber dann hat der Landwirt nichts zu verkaufen. GIBTS Birnen in Hülle und Fülle, wie in diesem Jahre, dann ist Ware vorhanden. Dann werden aber die Preise unwahrscheinlich niedrig, so niedrig, daß sich das Pflücken kaum noch lohnt. Die köstliche Frucht liegt dann auf dem feinig-sandigen Feldweg, auf dem fargen Stoppelfacker. Wie froh wäre unsere proletarische Großstadtjugend, wenn sie sich an all diesem köstlichen Obst einmal so recht satt essen könnte. Hier aber wird sie den Reichen über und auch das Vieh mag nicht mehr und tritt lässig auf Kostbarkeit und Süße.

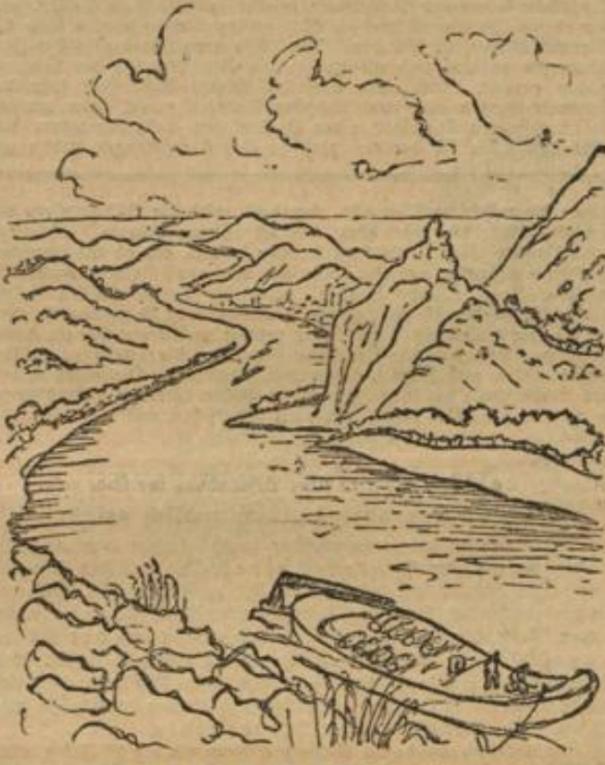
### „Goldene“ Herbstzeit!

Wenn dann der Herbst kommt, beginnt das große Obstpflücken im Elbtal, von Bodenbach bis nach Leitmeritz, um den dunstigen Industriehinter von Ruffig herum, oder Usti nad Labem, wie eine famose tschechische Uebersetzungskunst die alte deutsche Stadt Ruffig nennt, und in schwarzen Kienenduststoben an Bahnhöfen und Schiffsbrücken gemalt hat. Agenten oder Ausrichter zieht man dann in den lieblichen deutschböhmischen Dörfern in der Elbschleife, halbwegs zwischen Ruffig und Bodenbach am linken Ufer gelegen, oder wo es sonst sei. Dann gewinnen die Debatten im Wirtshaus praktischen Wert. Das große Thema der Birnen- und Pfäumenpreise steht auf der Tagesordnung und Bäuerlein, Ausrichter und Händler suchen vom Preis einander etwas abzu-zwängen. Ist das Geschäft dann erledigt, hat der Ausrichter sofort zusammengekauft, daß man ein Schiff mit der köstlichen Birnenfrucht füllen kann, dann beginnt an einem bestimmten Tage das Pflücken. Bald stehen die Bäume geplündert da und nur oben im Gipfel dieses oder jenes Baumes sieht man, als die letzten eines noch vor Stunden sehr zahlreichen Geschlechts, nach altem Brauch, der sicherlich auf uralte Mythologie zurückgeht, zwei oder drei der köstlichen Früchte hängen. Die Ernte aber, unter den Bäumen in großen Haufen geordnet, wird nach sorgfältiger Prüfung in Säcken gebunden. Die Birne ist noch lange nicht baumreif und sie muß gelund sein, denn sie hat eine lange Fahrt vor sich, während der sie wohl reifen, aber nicht faulen soll. Vor dem Transport wird die Qualität der Ware sorgfältig von den Händlern und ihren Gehilfen, den Ausrichtern, durch Stichproben geprüft. Auch auf richtiges Gewicht halten Verkäufer und Händler. Jeder Sack muß 40 Kilogramm fassen. Man nennt das eine Mäge.

Ist die Frucht verpackt, dann bringt sie der deutschböhmische Kleinbauer mit der blauen Schürze unter dem Rock auf primitivem Wagen, gewöhnlich von Kühen gezogen, ins Tal an die Elbe. Dort sind bereits die Schiffe, Zille genannt, mobil gemacht. Die Zille selbst ist durch leichte Schaholzverschlüsse in einzelne Kammern eingeteilt. Sie nehmen nun die aus den Säcken geschüttete Birnenfrucht nach den einzelnen Arten auf. Da sieht man die länglich-

grüne Flaschenbirne, die braune wohlgeschmeckende Kaiserkrone, die grüne Salanderbirne, die später so schmachtig und wachsgelblich wird, die rötliche köstliche, die grünlichgelbe Elisabeth, die gelbe Hochbirne, die Japanbirne und Klaysps Liebling mit rotgelber Schale, ein köstliches Gut und beste Sorte neben der im Fleisch rötlich schimmernden minderwertigen Blutbirne. Bis an den Rand füllen sich die Kammern.

Ist die Zille voll, dann tritt sie die Fahrt an. Es geht hinaus aus dem herrlichen Elbtal, gewöhnlich nach Dresden, aber auch nach Magdeburg und bis Hamburg. Aber das Hauptziel transportiert man nach Berlin. Ein großer Teil der Berliner Birnenbelieferung, wenn nicht der größte Teil, kommt aus Deutschböhmen. In Berlin legt man die Frucht direkt in großen Quantitäten an die Händler in den Markthallen ab, oder man verkauft nach und nach. Sind die Zillen leer, dann treten sie ihre Fahrt wieder nach Böhmen an. Man legt sie irgendwo wieder fest und meistens machen diese Obstzillen ihre Fahrt nach dem Norden nur einmal im Jahr, da man in ihnen kaum ein anderes Gut als Birnen ladet.



Die Elbe bei Aussig mit Schreckenstein.

### Pfennige für den Bauern.

Das Handelsgeschäft von Böhmen nach den deutschen Städten liegt in Händen von Großhändlern. Das sind Leute, wie ein Händler in Dobkowitz, der über 20 Zillen verfügt, die heute sehr wahrscheinlich mit Hilfe der Banken, sofort im großen kaufen. Das Geschäft ist äußerst spekulativ. Man kann Unglück haben, die Birne kann kaufen, oder es kann sonstwas eintreten, dann stellen sich äußerst empfindliche Verluste ein. Aber ein einziges gutes Jahr scheint selbst empfindlichste Verluste mehrerer Jahre gutzumachen. Der von dem Großhändler gezahlte Preis erscheint uns äußerst niedrig. Der kleine Bauer hat in diesem Jahr für das Kilogramm Birnen mittlerer Qualität 40 Heller bekommen. Mancher behauptet, für seine Birnen mehr bekommen zu haben; aber man lügt sich auch in Deutschböhmen gern etwas in die eigene Tasche hinein. Man darf schon annehmen, daß sich die Preise dieses Mal ab Verladung Elbe für das Kilogramm auf ungefähr 2-3 Pf. gestellt haben. Den Ausrichtern muß für ihre Tätigkeit pro Mäge = 40 Kilogramm 30 Heller gezahlt werden. Der Landwirt selbst hat, sofern er nicht über hauseigene Arbeitskräfte verfügt, an den Pflücker neben der Verpflegung, die man insgesamt dort mit 8 Kronen (1 Reichsmark = 8 Kronen) aussetzt, einen Lagersohn von 20 Tschechenkronen zu zahlen. Das wären nach dem Wechselgebrauch in der dortigen Gegend ungefähr 2,50 M. Es ist also erklärlich, daß geringer bezahlte minderwertige Qualitäten nur sehr schwer eine Rente bringen. Um so mehr fällt auf, daß sich schon der Preis für die an Ort und Stelle sehr billige Ware in Prag und in Dresden vervielfacht. Was der Magdeburger, Hamburger und Berliner zu zahlen hat, weiß er ja am besten. In Berlin zahlt man an den Wagen und auf den Märkten 40 bis 60 Pf. Auf dem Weg vom Produzenten zum Konsumenten verteuert sich also die Ware um 1000 Proz. Die Verladearbeit vom Wagen zu Schiff wird von den dortigen Fabrikarbeitern so im Nebenberuf gemacht. Der Lohn stellt sich auf 20 Heller pro Mäge, also auf ungefähr etwas mehr als 2 Pf. Man kann sich denken, welche Anstrengungen es erfordert, wenn ein solcher Träger einmal auf einen Verdienst von 100 Kronen kommen will.

Schon ist das Elbtal, die Birnenkammer Berlins. Da liegt Reichlowitz im bergigen Grün, ein Obstdörfchen wie ein verwunschener Berg aus köstlichem Kindermädchen, dort Czernosek, wo die dicksten Pfäumen geraten, wo auf den Bergen die Rebe wächst und geschickte Hände unseren sprighen Rosel imitieren. Und wenn wir Glück haben, wenn wir das Elbtal aufwärts wandern, so treffen wir in der Gegend von Lobositz tschechische Hopfenpflückerinnen, die fröhlich und munter aus Böhmens Hopfengebiet, der Saazer Gegend, zurückkommen. Da schallt fröhlicher Gesang in unnachahmlichem Akzents, und wenn wir es auch nicht verstehen, was jene roten tschechischen Lippen fernem, so sind wir doch hingekiften von dem, was das Ohr vernimmt: Der Bunsch kommt in uns auf, daß auch in jenen gemischtredenden Bezirken Böhmens alte Schranken fallen mögen, die die Stämme der einen Menschen-geschlechtes trennen.

## Die Wunder der Klara van Haag.

3] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

Aber der Zollverwalter drehte sich auf dem Absatz herum und jagte mit seiner allerlangweiligsten Stimme: „Sie können abtragen.“

„Ja,“ sagte Hedwig verwirrt. Sie wagte weder ihn noch sie anzusehen, sondern begann die nächstliegenden Dinge auf dem Tisch zu verrücken.

Die Gnädige erhob sich, warf ihre Serviette klatschend auf den Boden und ging ins andere Zimmer. Sie schöpfte Lust, als wäre sie soeben viele Treppen hinaufgeklungen.

Herr van Haag nahm sich noch ein Glas Wein und sagte: „Die gnädige Frau wünscht, daß ihre Koffer heraufgebracht werden.“

„Ja!“

Aber jetzt stand die Gnädige wieder in der Tür und sie sagte so gehetzt, daß alle anderen Worte zu Boden geschmettert wurden: „Meine Koffer bleiben stehen! Und, Hedwig, wollen Sie mir sofort einen Wagen bestellen.“

„Es geht jetzt kein Zug,“ sagte der Zollverwalter. Jetzt klang seine Stimme durchaus nicht, wie wenn er seine Stiefel gepußt haben wollte. Er versuchte sogar ein kleines Lachen zu wickeln.

„Sofort!“ sagte die Gnädige.

„Ja!“

Da konnte ihr Mann sich nicht länger beherrschen; er wieherte wieder und sagte: „Die Besorgung will ich gern — hörst du — gern übernehmen!“

„Danke!“

Die Tür knallte hinter ihm zu.

„Du, kleine Hedwig. Du wirst also wieder „Frau“ im Hause hier,“ sagte die Gnädige kurz darauf und lachte. „Wir haben nicht lange Freude aneinander gehabt; und du, Arme, hast natürlich extra Arbeit gehabt meinnetwegen, mit Reinmachen und Kochen. Aber das sollst du auch nicht umsonst getan haben. Pah auf.“ Sie öffnete ihr glattes, kleines Täschchen. „Hier hast du einen Zehnkrone Schein zum Dank für deine Mühe.“

„Vielen Dank,“ sagte Hedwig und errötete. Der Schein war ganz funkelneue, ganz unecht neu. Aber es war

wohl undenkbar, daß eine so feine Dame etwas anrührte, das alt und schmutzig war.

„Und nun wünsche ich nicht, daß du über dieses ... dieses Festmahl — zu irgend jemand redest.“

Hedwig wollte gerade den Schein in den Halsauschnitt ihres Kleides gleiten lassen, jetzt fischte sie ihn mit zwei Fingern wieder heraus und reichte ihn mit einem scheuen Lächeln hin: „Es kostet nichts, mich schweigen zu lassen. Aber ich habe auch nichts gesehen.“

„Lieberes Kind, du machst mich ganz verlegen über meine große Ungeschicklichkeit. Siehst du, ich reise jetzt fort. Klatsch kann mich nicht einholen. Aber Herr van Haag — er bleibt ja hier. Und weißt du, was ich glaube, die Leute werden in ihm Schuld geben, daß ich abreise, wenn sie hören, was hier vorgefallen ist, und das ist ja eigentlich — teilweise — eine sehr verkehrte Auffassung. Die Schuld habe ich. Die Zügellosigkeit meiner Nerven. Ich bin so lächerlich, daß ich nichts vertrage. Die Schuld habe ich. Aber nun vergiß dies ekelhafte Geld. Ich werde statt dessen eine Kleinigkeit für dich in meinem Koffer finden. Die wirst du doch wohl behalten zur Erinnerung an eine hysterische Frau, der du einmal eine Stunde lang gedient hast. Nicht, Hedwig? Stehen die Koffer im Korridor?“

„Ich hatte sie schon hineingestellt, als ...“

„Wo hinein?“

„Ans Zimmer der gnädigen Frau.“

„So, ich habe ein Zimmer! Gut, so gehen wir dort hinein.“

Hedwig öffnete die Tür und sagte, daß ja hier nicht geräumt wäre, aber der Herr Zollverwalter hätte Auftrag gegeben ...

Ein sonnenlichtes Stübchen mit blauen Wänden lag vor ihnen; es hatte ein Fenster sowohl nach der Kirche wie nach dem Hafen, und zwischen diesen beiden Fenstern stand schräg ein großer schwarzer Flügel. Auf der schimmernden Fläche des Flügels stand eine Kristallschale mit einem einzigen langen, frisch aufgeprägten Buchenzweig.

„Mein lieber, guter Flügel,“ sagte die Gnädige und lief hin wie zu einer Umarmung, „wie lange sind wir getrennt gewesen, wie lange!“

Und sie setzte sich auf den runden Schemel, stützte den Kopf in die Hand und lehnte die Stirn an den Dedel.

„Ich bin so lange fort gewesen, daß ich alles vergessen

habe. Aber jetzt steht mein guter Freund hier und empfängt dich — und da muß ich gehen und ihn im Stich lassen!“

„Aber können gnädige Frau den Flügel denn nicht mitnehmen?“

„Ja, ha, nein. Er gehört ja ihm. Ach, willst du nicht augenblicklich den Buchenzweig herausnehmen. Ein etwas beschmackloser Einfall!“

Hedwig wurde rot und sagte: „Ich war es, die ... ich hatte ihn acht Tage lang am Fenster in Wasser gestellt, damit er aufspringen sollte, und jetzt ist er so hübsch; ich dachte ... da nun das andere nicht so hübsch war ...“

„Ach, du warst es, Hedwig? Du hast mir eine Freude machen wollen? Mir, die dir nur eine Fremde war? Danke, kleine Hedwig. Was für eine kleine, feine Hand du hast, Kind. Solch eine lange Hand. Gute Spielfinger. Bist du nicht ein verkleidetes Prinzchen? Wer ist dein Vater, Hedwig?“

„Mein Vater ist Photograph Egholm,“ sagte Hedwig laut und unerschütterlich.

„Photograph, ach so,“ sagte die Gnädige und spielte weiter mit Hedwigs Fingern. „Egholm heißt er, ein merkwürdiger Name.“

Sie ließ plötzlich Hedwigs Finger los und sah nachdenklich zum Fenster hinaus.

„Du sagst, daß du Hedwig Egholm heißt? Ist dein Vater ein alter Mann?“

„Ja, nein, nicht so alt. Ich weiß nicht recht.“

„Ach, aber er braucht ja nicht so uralt zu sein. Er ist Photograph, aber sage mir, du hast wohl keine Ahnung, ob er je in Helsingör war?“

„Doch, dort war er bei einem Konsul. Davon hat er oft gesprochen.“

Frau van Haag erhob sich bewegt. Einige Fäden in ihrem Dasein, die zuvor in einem gleichgültigen Gemirr gelegen, schieden sich plötzlich und glitten wieder zu einem sonderbaren Muster zusammen. Vor mehr als zwanzig Jahren war dieser Egholm ihre Jugendliebe gewesen. Nicht einen Gedanken hatte sie ihm seither geschenkt. Jetzt hatte sie die Welt durchreist und kam eines schönen Apriltages nach Kiarrebj, einem Ort, der fast außerhalb jeder Art von Welt lag, und hier geht also der Jugendgeliebte leibhaftig um als Photograph, Chemann. Kein Schatten von Zweifel. Hier stand ja Hedwig mit Kaspar Egholms langen Händen. Sieht sam! ... Und diese Hände begegneten ihr mit frischen Blumen.

(Fortsetzung folgt.)

## Sie verprügeln sich gegenseitig! Links- und Rechtsradikale.

Schlägereien zwischen rechts- und linksradikal eingestellten Jugendlichen scheinen in der Gegend der Böhmer Straße an der Tagesordnung zu sein. Wie eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Mitte ergab, hatte sich wegen gemeingefährlicher Körperverletzung der achtzehnjährige Arbeiter Karl C. zu verantworten.

C. wurde beschuldigt, mit unbekannt gebliebenen Mittägern mehrere gleichaltrige junge Leute von hinten angefallen und geschlagen zu haben. Die Opfer dieses Überfalls waren ein achtzehnjähriger Oberprimar B. und ein achtzehnjähriger Kaufmannslehrling Sch. Beide gehören einem rechtsgerichteten Jugendbund an, während der Angeklagte Mitglied des Roten Frontkämpferbundes ist. Im Vorbeilaufen wurde noch ein dritter junger Mann verprügelt, und auch von dessen Vater war Straf-antrag gestellt worden. Dieser Zeuge war jedoch nicht erschienen, und er hatte auch im Vorverfahren nicht mit Bestimmtheit sagen können, ob es der Angeklagte gewesen war, der im Vorbeilaufen ihm den Schlag gegeben hatte. Die erschienenen zwei Zeugen konnten sich seit langem als politische Gegner, und beziehungsweise mühten die Zeugen auf Befragen zugeben, daß auch von ihrer Seite häufig Überfälle auf die andere Richtung stattgefunden hätten. Wer gerade in der Mehrzahl war, schlug die anderen in die Flucht. Es scheint dort eben so eine Art aus Politische überlebe „Indianer- und Weisheitsräte“ gegeben zu haben. Diese Tatsachen bewegen das Schöffengericht auch unter strenger Kennzeichnung des Unluges unter der politischen Jugend dem Angeklagten im weitesten Sinne mildernde Umstände zu bemerken und ihn nur zu 50 M. Geldstrafe zu verurteilen. Mit dem Urteil war der Angeklagte zufrieden und nahm es sofort an, nachdem das Gericht ihm noch wegen seiner gegenwärtigen Arbeitslosigkeit Ratenszahlung von monatlich 5 M. eingeräumt hatte. Dieses Urteil wird der Pöbel jener Jugendlichen gerecht, die aus allzu großem aus gewissen Quellen sich speisenden Temperament sehr leicht zu Raufhändeleien geneigt sind. Um so empfindlicher und unerträglicher wirkt dagegen jenes Schreckensurteil von Spandau, in dem drei Reichsbannerleute auch nur wegen einer Schlägerei zu sechs, sieben und sogar zehn Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Urteile, die „im Namen des Volkes“ zwar gefällt sind, aber dem natürlichen Volksempfinden geradezu ins Gesicht schlagen.

## Mit der Hand in der Hosentasche.

### Hakenkreuzler-Deutschtum.

Geschmückt mit dem Abzeichen des „Stahlhelm“ erscheint der Fabrikant Schuder vor dem Gericht in Brandenburg a. d. H., um sich wegen Betrug zu verantworten.

Stolz trat er vor den Richter, schlug seinen modernen Anzug zur Seite, um dem hohen Gerichtshof das Stahlhelm-Abzeichen zu präsentieren, und reichte nach berühmtem Muster die eine Hand in die Hosentasche, als wollte er sagen: „Hier bin ich, Fabrikant Schuder, Mitglied des Stahlhelm. Wir kann keiner!“ Der Vorsitzende dachte aber anders und verlangte von dem Stahlhelmsmann, er solle die Hand aus der Tasche nehmen. „Wie?“ fragte er. „Das sagen Sie mir? Ich nehme die Hand nicht aus der Tasche, das habe ich nicht nötig, ich mache Ihnen, Herr Vorsitzender, ja auch keine Vorschriften, wie sie sitzen sollen!“ Sprachs, und behielt stolz seine Hand in der Hosentasche. Auch die Androhung einer Ordnungsstrafe machte nichts. Der Vorsitzende schritt nun zur Verhandlung. Betrugsanklage zum Raubteil der Post. — Nichtzahlung von Telefongebühren. — Raubverfahren. — Vollstreckungsverfahren. — Pfändung einer Nähmaschine. — Umtausch gegen ein Klavier, das längst dem Finanzamt verpfändet ist. — Betrugsanklage. Ende: Zwei Wochen Gefängnis. Und so was nennt sich Fabrikant und sitzt im Stahlhelm.

Was für ein welcher und milder Richter muß das sein, dessen Energie es nicht einmal gelingt, den Heiden vom Hakenkreuz zum Aufgeben seiner schnoddrigen Haltung zu veranlassen. Ob bei einem einfachen Arbeiter, der wirklich nur aus Verlegenheit die Hand in der Hosentasche behält hätte, die Sache ebenso mild abgelaufen wäre? Wahrscheinlich wollte aber der Brandenburger Fabrikant Schuder, ebenso wie seinerzeit der bayerische General Epp, in seiner Haltung echtes wahres Deutschtum zum Ausdruck bringen.

## Im Vertrauen auf den Bürgermeister.

Der Falschschlag eines Jugendpflegeunternehmens des Bezirksamts Tiergarten hat einer alleinstehenden Frau, die mit hineingerissen wurde, schweren Schaden gebracht. Die Affäre liegt schon eine ziemlich lange Zeit zurück, sie harret aber noch immer einer befriedigenden Lösung. Im Reich des deutschnationalen Herrn Dosslein, des Bürgermeisters vom Bezirk Tiergarten, übernahm ein Fräulein L. aus Warberg im Harz die Stelle der Leiterin eines vom Bezirksamt eingerichteten Heims in Caputh. Die neue Leiterin bewerkstelligte, entsprechend dem Wunsch des Herrn Dosslein, den Umzug von Warberg nach Caputh mit dem Inventar, das sie aus einem bisher von ihr in Warberg betriebenen Heim noch hatte. Dazu verwendete sie ihre letzten Mittel. In Caputh angekommen, stieß sie auf die größten Schwierigkeiten. Der Einzug in die Räume des Heims mußte durch Magistratsbeamte erzwungen werden, da der Besitzer des Hauses sich weigerte, der neuen Heimleiterin den Zutritt und die Benutzung der Räume zu gewähren. Nach einem Vierteljahr war die Herrlichkeit zu Ende, weil der Mietvertrag des Bezirksamts mit dem Eigentümer abließ und nicht erneuert wurde, und Fräulein L. wurde mit ihren Möbeln und sonstigem Inventar an die Luft gesetzt. Alle an den Bürgermeister Dosslein gerichteten Bitten und Eingaben der nun existenzlos gewordenen Dame blieben erfolglos. Einen Vertrag abzuschließen, hatte Fräulein L. unterlassen. Sie hatte sich mit der Versicherung der Frau Stadtrat Kirchner-Tiergarten begnügt, daß ein ausländischer Mensch auch ohne Vertrag sein Wort hält. Was wird nun aus der in ihren Hoffnungen getäuschten Heimleiterin, nachdem sie ihr hohes Geld los geworden ist?

## „Was die märkische Scholle bringt.“

„Freiend mit viel schönen Neben“ wurde gestern die Ausstellung „Was die märkische Scholle bringt“ in den Sälen des Zoologischen Gartens eröffnet. Vertreter der verschiedenen staatlichen und provinziellen Behörden waren erschienen, um den Veranlassern der Ausstellung, nämlich den Hausfrauenvereinen Berlins und dem „Märkischen Verband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine“ Komplimente zu machen. Die Ausstellung bezweckt, die Gegensätze zwischen Stadt und Land zu überbrücken, und zwar durch verlebte Kennenlernen der gegenseitigen Lebensbedingungen. Sie gliedert sich also in Stadt und Land, dabei ist die Stadt allerdings zu kurz gekommen. Außer der notwendigen Modeschau mit den dazu gehörigen Mannequins machen nur noch Firmen für hauswirtschaftliche Gegenstände Reklame. Das sollen die Lebensbedingungen der Stadt sein; anders verhält es sich nun mit dem Land. Hier zeigt die Ausstellung tatsächlich Interessantes und ist großzügig aufgebaut. Alles wird neuem gegenübergestellt, z. B. neuzeitlich eingetragene Wandtäfelchen und die alten, malerischen aber unpraktischen Rücken oder veraltete und moderne Speise- und Räuchercommen. Vor allem aber ist der Hauptplatz auf die Erzeugnisse der märkischen Scholle gelegt. Obst, Gemüse, Kartoffeln und die verschiedenen Getreidearten stehen an erster Stelle, Modelle und Photographien

# Die Hilfszugstationen.

## Besichtigung der neuen Rettungseinrichtungen der Reichsbahn.

Die Reichsbahndirektion Berlin wollte der Presse zeigen, daß sie gerüstet ist, jedem Eisenbahnunfall, der sich vor den Toren Berlins ereignet, mit allen Hilfs- und Rettungsmitteln zu begegnen. Es ist auf jeden Fall eine mißliche Sache, Einrichtungen zu beschaffen, die dem Zweck dienen, das Kind, das in den Brunnen fiel, wieder herauszuholen. Immerhin wurde auch der Brunnen zu verhindern. Eine Kontrolle aber nach dieser Hinsicht war unter den ebendatenden Umständen kaum möglich. Also, die Reichsbahndirektion Berlin unterhält in der Umgebung Berlins fünf Hilfszugstationen: Lehrter Bahnhof, Stettiner Bahnhof, Schleiferei Bahnhof, Anhalter Bahnhof und Berlin-Potsdam. Auf diesen Stationen findet sich je ein Hilfszug, bestehend aus Arztwagen, Gerätemotoren und Mannschaftswagen stets abfahrtsbereit vor. Außerdem gibt es an zehn verschiedenen Stellen Berlins Hilfsgerätemotoren, die bei leichteren Unfällen abgeholt werden. Der Arztwagen auf den großen Hilfszugstationen besteht aus dem Krankenraum mit acht bzw. zehn Betten und dem Operationsraum, der ausgerüstet ist mit Operationsstuhlgang und Tisch, Sauerstoffapparat, Wasserwärmvorrichtung, Sterilisateur u. a. Der Gerätemotoren enthält alle Geräte und Werkzeuge, die bei einem Eisenbahnunfall zur Beseitigung Verunglückter, zur Aufhebung von Fahrzeugen und Fremdwagen der Strecke erforderlich sind. (Sauerstoffflaschenapparat, Flaschenzüge, Winden, Ketten, Aufgleisshuhe, Lokomotivheber, Sturmjacken, Nordlichtlampen, Tragbahnen und verschiedene Werkzeuge.) Die Gerätemotorenzüge führen nur den Gerätemotoren und den Mannschaftswagen. Außerdem stehen besondere Spezialwagen, wie Hilfsdrehgestellwagen und Kranwagen, zur Verfügung, sie werden erforderlichenfalls den Hilfszügen beigegeben. Die Hilfszüge werden in der Regel von zehn Mannschaften und einem Werkstättenvorsteher begleitet. Von den zehn Mannschaften ist die Hälfte als Samariter ausgebildet. Das Begleitpersonal ist stets dienstbereit bei den Bahnbetriebswerken, die sich in unmittelbarer Nähe des Hilfszugstandortes befinden. Die Abfahrt eines alarmierten Hilfszuges oder Hilfsgerätemotorenzuges soll nach erfolgtem Alarm in 15 Minuten erfolgen. Um 12.40 Uhr erfolgte die Abfahrt des Hilfszuges vom Anhalter Bahnhof zur gedachten Unfallstelle in der Nähe des Bahnhofes Zossen. Die Ankunft an der Unfallstelle erfolgte etwa um 1.15 Uhr, und hier hatte sich inzwischen die freiwillige Ortsfeuerwehr und die Sanitätskolonne eingefunden. Den Gästen wurden praktische Vorführungen geboten und gleichzeitig die Einrichtungen der Spezialwagen gezeigt. Nach etwa einhalbstündigem Aufenthalt fuhr der Sonderhilfszug wieder zum Anhalter Bahnhof zurück. Hier wurden die interessanten Einzelheiten des Probealarms bekanntgegeben. Um 12.16 Uhr sollte sich der vermeintliche Unfall zugetragen haben, um

12.17 Uhr wurde durch die nächste Blockstation die Strecke gesperrt, um 12.18 Uhr der Hilfszug vom Anhalter Bahnhof angefordert, um 12.24 Uhr die Freiwillige Feuerwehr alarmiert, die um 12.45 Uhr erschien, während der Hilfszug genau nach einer Stunde eintraf. Es wurde versichert, daß solch ein Hilfszug im Ernstfälle in bedeutend kürzerer Frist zur Stelle sein könnte, da dann die Sperrung der großen Fernstrecken schneller und rücksichtsloser erfolgen könne als im Falle des Probealarms. Bei der Besichtigung funktionierte natürlich alles vortrefflich. Die Bahnen wurden auf freier Strecke in kürzester Frist auf den Bahndamm gehoben, Kranze und Krankenpfleger waren zur Stelle. Die Hebewerkzeuge traten sofort in Aktion und die Schneidebrenner trennten die dicken Eisenbahnen im Ru. Wie alles das sich bewähren würde, falls ... Es ist nicht gut, diesen furchtbaren Fall ins Auge zu fassen. Aber der Probezug gegen die Attentäter von Peiserde beginnt heute in Hildesheim und aus diesem Grunde mag auch von diesen Dingen hier die Rede sein.

### Der Probezug gegen die Eisenbahnattentäter.

Hildesheim, 2. November. Vor dem Schwurgericht Hildesheim beginnt heute früh um 9 1/2 Uhr der Probezug gegen die Eisenbahnattentäter von Peiserde, deren ruchlose Tat in der Nacht vom 18. zum 19. August d. J. den Berlin-Köln-D-Zug D 8 zwischen Meinerfeld und Peiserde zum Entgleisen brachte und die 21 Menschen das Leben kostete. Angeklagt sind der Russe Otto Schlegelinger aus Stuttgart und der Elektriker Willi Weber aus Schömar i. Westf., die sich wegen Verstoßes in Ideal Konkurrenz mit Transportgefährdung und des Weiteren wegen versuchten Mordes und verbotener Transportgefährdung wegen des in der Nacht zuvor ausgeführten, aber mißglückten Anschlages auf den Hollandzug zu verantworten haben. Des Weiteren ist angeklagt der Bruder Willi Webers, der Russe Walter Weber aus Schömar i. Westf., dem nach der Anklage Begünstigung zu den genannten Verbrechen vorgeworfen wird. Der Probezug wird heute schon seine Schatten in dem sonst so stillen Hildesheim voraus, denn es haben sich zahlreiche Pressevertreter aus dem ganzen Reich angemeldet, so daß die Gerichtsbehörde schon umfassende Maßnahmen getroffen hat, um die Platzfrage im Gerichtssaal zu lösen. Den Vorsitz der Schwurgerichtsverhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Kämmerer, als Vertreter der Anklage fungiert Oberstaatsanwalt Belling, Verteidiger sind Rechtsanwalt Bleidron für Schlegelinger, R. A. Hoffmann für Willi Weber und R. A. Bruno für Walter Weber. Es sind mehr als 20 Zeugen geladen, darunter drei Sachverständige, hohe Reichsbeamte und als psychiatrischer Gutachter Direktor Wankemüller von der Provinzialheilanstalt in Hildesheim. Für den Probezug sind von dem Vorsitzenden zwei Tage in Aussicht genommen worden.

zeigen die märkische Tierzucht, eingehend wird die Hühnerpflege behandelt. Aber hier stört eins: überall hängen Plakate. „Deutsche, laßt deutsche Eier!“ Es sieht beinahe so aus, als ob die deutschen Produkte ausschließlich von den Ausländern den ausländischen nachgeholt würden. Das ist nicht der Fall, aber die Preise müßten sinken. Sorgfältig werden die Eier gewaschen, desinfiziert und getempelt, man hat die Gewähr, wirklich gute Ware gekauft zu haben; aber die große Masse des Volkes ist doch nicht in der Lage, die Preise zu zahlen. Schöne Worte und Redensarten vom Wieder Aufbau Deutschlands, den jede Vereinigung zu betreiben vorgibt, helfen hierüber nicht hinweg, sie verschleiern leider meist, was man nicht sehen will.

## Der Schreden von Grünau.

### Nach 30 Raubeneinbrüchen endlich gefaßt.

Der Schreden der Raubeneinbrüche in Grünau war ein Einbrecher, der auf dem Gelände seit einem Monat sein Unwesen trieb, ohne daß es gelingen wollte, ihn zu fassen. Da stieß ein Schupo-Beamter bei einem Streifgang in einer Wandlung auf einen jungen Mann, der auf einigen Bündeln lag und trotz der Kälte eingeschlafen war. Als er sich plötzlich einem Polizeibeamten gegenüber sah, ließ der Mann alles, was er bei sich hatte, im Stich und versuchte zu entkommen. Ein Schreckschuß aber brachte ihn zum Stehen. Die Bündel enthielten Lebensmittel.

Der Ertrappte wurde im Polizeipräsidium als ein 21 Jahre alter „Raufmann“ Helmut Jannek erkannt, der sich dem Schupo-Beamten gegenüber einen falschen Namen beigelegt hatte. Er wurde vor einiger Zeit bei einem Einbruch in der Görlicher Straße abgefaßt. Er war in die Gefängnisse eines Bädermeisters eingedungen und hatte sich, als er Entdeckung fürchtete, in dem kalten Badofen versteckt. Statt sich durch die Gefängnisstrafe von 8 Tagen, die ihm dieser Einbruch einbrachte, warnen zu lassen, legte er sich nach Verbüßung der Strafe sofort auf den Raubeneinbruch. Wie er sagt, hatte er „in besseren Zeiten“ öfter Ausflüge nach Grünau gemacht. Jetzt erinnerte er sich, daß dort schöne Rauben stehen, und beschloß, sie auszuräumen. Jedemal, wenn er Beute gemacht hatte, begab er sich auf Umwegen nach dem Bahnhof, um nach Berlin zurückzufahren. Bei ihm fand man eine ganze Anzahl Pfandscheine und Gepäckscheine vom Briezener Bahnhof. Seine Beute hatte er zum Teil verzeht, zum größeren Teil aber auf dem Bahnhof in Verwahrung gegeben. So oft er Geld brauchte, holte er Anzüge usw. von der Verwahrungsstelle ab und verkaufte alles in der Mühlstraße. Der Verhaftete ist geständig, in einem Monat nicht weniger als 30 Rauben ausgebrochen und ausgeplündert zu haben. Den kleinen Briezener Bahnhof benutzte er als Depot, weil ihm der große Schleiferei zu gefährlich erschien. Ein Teil des gestohlenen Gutes konnte noch beschlagnahmt werden.

## Heute streifen die Ladenbesitzer!

Heute nachmittag wird zum Protest gegen die Gewerbesteuer und gegen die Gebarung der Berliner Finanzämter ein Streik der Berliner Gewerbetreibenden von 2 bis 3 Uhr stattfinden. Das Berliner Komitee des selbständigen Mittelstandes, in dessen Vorstand die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, die Edeka, der Verband der Kolonialwarenhändler Groß-Berlins und der Innungsausgleich vertreten sind, hat die Parole ausgegeben, daß zu der angegebenen Zeit sämtliche Geschäfte Berlins aller Branchen ihre Läden als Abwehrmaßnahme geschlossen halten. Ausdrücklich wird festgestellt, daß sich der Streik nicht gegen das laufende Publikum richtet. Neben der Schließung der Geschäfte wird nachmittags 2 Uhr in den Räumen der Reuen Welt, Hasenheide, eine Protestkundgebung stattfinden, bei der Redner der verschiedenen Parteien und Organisationen das Wort nehmen werden und zu der auch der preussische Finanzminister, die Vorsitzenden der Finanzämter und Steuerdeputationen geladen sind.

## Autounglück bei Grünau.

Ein schweres Autounglück ereignete sich bei Grünau, wobei ein Fahrgast getötet wurde, ein weiterer Inasse und der Führer der Kraftfahrzeuge glücklicherweise nur leichte Verletzungen erlitten. Das Auto war auf der durch das regnerische Wetter schlüpfrig gewordenen Chaussee ins Schleudern geraten und fuhr mit voller Wucht gegen einen Chausseebaum. Durch den heftigen Anstoß überschlug sich die Droikate, die Fahrgäste wurden in weitem Bogen aus dem Wagen geschleudert. Der 50jährige Schiffer Karl Wöbels aus Langwahl bei Fürstenwalde zog sich einen doppelten Schädelbruch und schwere Schmit-

wunden zu. W. wurde in das Köpenicker Kreiskrankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Einlieferung starb. Sein Begleiter, ein 23jähriger Werkzeugmacher Alfons J. aus der Staffschreiberstr. 32 und der Chauffeur kamen mit leichten Kopf- und Handverletzungen davon. Beide konnten nach Anlegung von Rotverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden.

## Trotz der Rot verschwenderisch.

Auf freier Tat wurde ein ungetreuer Postbeamter ertrappt. Auf der Strecke Berlin-Dresden kamen seit einiger Zeit Unregelmäßigkeiten vor. Von hier aus kamen Einschreibebriefe in den Bortehr, deren Geldinhalt ganz oder zum Teil verschwunden war. Die Beobachtungen brachten jetzt die Klärung. Ein 27 Jahre alter Postschaffner Franz G. aus der Goldaper Straße wurde dabei ertrappt, als er einen Einschreibebrief erbrochen, das Geld herausgenommen hatte und im Begriff war, ihn wieder zuzulassen. Er gab 18 Fälle zu und behauptete, daß die Rot ihn zu den Beruntreuungen getrieben habe. Die Ermittlungen bestätigten auch die Rot seiner Familie, offenbarten aber zugleich, daß sich G. für eine Hochzeit einen Frack auf Seide hatte machen lassen und Radschuhe, seidene Strümpfe und dergleichen mehr für teures Geld gekauft hatte.

## Weihnachten vor den Toren.

Weihnachten ist nicht mehr allzufern und unsere kleinen Staatsbürger treffen schon Keiferbereitungen zur Fahrt ins Land der Wünsche, die leider meist nur Wünsche bleiben. Ohne so und soviel PS., ohne Eisenbahn oder Luftschiff — viel ungeschicklicher und billiger — durchstößt der Flug ihrer Gedanken Welten von niederschauerlicher Pracht, belebt und geschmückt mit all ihren Wunschgebilden. Der eine reißt ins Fabelreich. Im Ru stehen ein paar stattliche Riesen vor ihm, mit glühenden Augen, struppigem Haar, langen Armen und Beinen. In ihrer mächtigen Tüte zappelt etwas winzig Menschliches, das im ohnmächtigen Freiheitsdrang die postterlichsten Berentungen vollführt. Aber solch Riese ist launisch. Zu seinen Füßen stehen winzige Puppenhäuschen und da wimmelt es von unzähligen solch kleiner Lebewesen. Vorsichtig stapft er umher, daß er ja keines zertritt. Der Tierfreund wiederum findet die vollzählige Tröge Ruch und was keine Phantasie Bierführern noch aus eigenem beisteuert. Die Rüdelschen begegnen auf der Fahrt ins Puppenland allerlei lustig kostümierten Männlein und Weiblein. Da ist der kläglichste Bachmeister, die Obstfrau, die jammernd ihre verschüttete Ware zusammensucht, der Bädermeister mit seinen Kumpeln und noch viele andere, die man aus dem Leben und nicht nur aus den Märchen kennt. So macht schon jetzt ein jeder seine Weihnachts-Probewunschkahrt, wählt was ihm dabei am besten gefiel und macht

**Schon sein  
ist nichts,  
wenn übler Mundgeruch  
damit verbunden ist,  
der alles Reizvolle  
und Entzückende  
der äußeren Erscheinung  
zu nichts macht.**

**Eine kräftige Mundspülung  
mit  
ODOL  
verbürgt frisch-duftenden Atem.**

darauflin seine Wünsche zurecht. Solch kleines Wunderland hat die Firma Fleig in ihren Warenhäusern zum Schauen aufgestellt. Da stehen sie nun dichtgedrängt, all die kleinen wunschbefehlenden Reifluftigen und stauten im stimmungsvoll verdunkelten Raum all das Schöne, Herrliche mit verzückten Augen an. In kleinen, lustigen Gruppen, deren Personen sich mechanisch fortbewegen, sind hier allerdings verschiedenartige Szenen, teils aus Märchen, teils aus dem Alltagsleben, dargestellt. Zwischen den einzelnen Reihen läuft ein Lichtbildstreifen, der die Reihe durch all diese Begebenheiten illustriert.

Für die Freiheit des Schrifttums und der Kunst gegen das Schmutz- und Schundgesetz findet am kommenden Donnerstag, den 4. November, abends 7 1/2 Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3, eine große, vom Ausschuss zur Bekämpfung des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften einberufene Kundgebung statt. Es werden sprechen: Prof. Hans Baluschek, Chefredakteur Georg Bernhardt, Dr. Arthur Closser, Dr. Benzell Goldbaum, Prof. Hildebrandt, Fräulein Karlen, Pastor Dr. Roering, Dr. Baetzel. Der Eintritt ist frei. Einlasskarten sind am Eingang zu haben.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Auch in dieser Woche muß die Liedergesellschaft verlegt werden. Sie findet am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr in der Aula der Sophienkirche, Weinmeisterstr. 16/17, statt. Es wird gesprochen: „Eine Weihnacht und ein Studentenlied“.

Arbeiterbildungsschule. In dieser Woche beginnen folgende Kurse (Arbeitsgemeinschaften): Donnerstag, den 4. November, 7 bis 8 Uhr, Probleme der Weltwirtschaft, Vortragender: G. Biedhoff, Gemeindefunktionär. — Ede Wastler. Der moderne Kapitalismus, Vortragender: Dr. Paul Marbach. — Charlotteburg, Rosenstraße 4, Jugendheim. Einführung in den Marxismus, Vortragender: Otto Kauf. — Heidenau, Goldamer Straße, Nordstraße. — Freitag, den 5. November, Geschichte des Sozialismus, Vortragender: Erwin Marxquadt. Bibliothek der Arbeiterbildungsschule, Lindenstraße 3. Einführung in die Soziologie, Vortragender: Dr. Albert Salomon. — Kottbus, Donaustraße 120, Mädchen-Mittelschule. Einführung in den Marxismus, Vortragender: Otto Kauf. — Kottbus, Senefelderstraße, Gemeindefunktionär. — Anmeldeungen erfolgen bei Beginn des Kurses beim Kursleiter. Die Hörgelührer beträgt für den ganzen Kursus 1 Mark.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Die Witterung ist immer viel, das weiß die erfahrene Hausfrau. Wogals Wärme fast sie behält den Stoffen beim Schmelzen nur langsam zu und erstallt dann — sobald sie sich wieder zu einer gewöhnlichen übermäßigen Gefühlsveränderung. Ein „Wunder“ welche naturgemäß den Geschmack beeinträchtigen. Jedenfalls darf die Wärme selbst aus den Stoffen nicht verschwinden. Gerade in der hohen Wärmestufe liegt ein Verzug von Wogals Wärme.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachr. Berl.) Reist demüßigt mit zunehmender Reigung zu Niederschlägen, Temperaturen wenig geändert. — Für Deutschland: Im Westen mild, sonst Temperaturen wenig geändert, überall stärker demüßigt und Niederschlagsneigung.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 2.
2. Kreis Kierowitz. Donnerstag, 4. November, 7 1/2 Uhr, im Kriehof, Berlinstr. 29. Wohlstandskonferenz. Tagesordnung: Vortrag: „Arbeitslosigkeit und kommunale Wohlfahrt“. Referent: Sachtrug Walter Kierowitz. Diskussion: Verschlebung. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung sollstlichste Erscheinung Pflicht.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Gemeindefunktionäre: Freitag, 5. November, 8 Uhr, bei Frau Dörmann, 71. Sitzung. Tagesordnung: „Der bevorstehende Parteitag“. Stellungnahme zu den Verfügungen über die Beamteneigenschaft. Referent: Genosse Gollfeld. Jede Abteilung muß unbedingt für Vertretung sorgen.
7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, 4. November, 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.
14. Kreis Neukölln. Amelierter Kreisvorstandssitzung findet vor dem Pöhlchen nicht statt.
17. Kreis Heidenau. Donnerstag, 4. November, 7 1/2 Uhr, in der Bibliothek, Heidenauer Str. 25. Beginn des Kurses: „Einführung in den Sozialismus“. Referent: Genosse Schwarz.
18. Kreis Heidenau. Unsere Revolutions-Beobachter findet am Dienstag, 5. November, 7 1/2 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums statt. Kapstrache: Kollmannstr. 2, D. Dr. Hermann Schäfer. Musik und Gesangsbeiträge. Aufführung einer Szene aus Tolstois „Wohlgehung“. Eintritt frei.

### Heute, Mittwoch, 3. November:

17. Abt. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab.
24. Abt. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab.
26. Abt. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab.

### Morgen, Donnerstag, 4. November:

24. Abt. 8 Uhr im Lokal des Kottbuscher Funktionäre. Sämtliche Funktionäre sind mitzubringen. Leitung: Der Abteilungsleiter.
26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Kottbuscher. Sitzung der Parteiführer sowie aller Ehrenmitglieder von den Schulen in der Abteilung.
27. Abt. 8 Uhr bei Frau Dörmann, 71. Sitzung. Tagesordnung: „Der bevorstehende Parteitag“. Stellungnahme zu den Verfügungen über die Beamteneigenschaft. Referent: Genosse Gollfeld. Jede Abteilung muß unbedingt für Vertretung sorgen.
28. Abt. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab. Die Funktionäre holen sofort Material vom Abteilungsleiter ab.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde: 7. Kreis Charlottenburg. 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Köpenicker Str. 4. Beginn des Kurses: „Roboter Kapitalismus“.

# WINKEL

Das Abendkonzert, das durch die dankenswerte Übertragung der Kundgebung des Verbandes für europäische Verständigung diesmal sehr kurz ausfiel, brachte populäre Orchesterdarbietungen von immerhin üblicher Qualität. Bruno Seidler-Winkler hat neben der interessanten sinfonischen Dichtung Lermanis im Heidenberger Schloß Hofmanns Teil-Quartette, Raffinets Szene „Napostain“ und Tschaikowskis Orchesterwerk „Francesca da Rimini“ in guten einfühlsamen Aufführungen, bei der unser ausgezeichnetes Funkorchester sich wieder von der besten Seite zeigte. Leider waren die Leistungen der Sopranistin Agnes v. Bonkowski nicht gleichwertig. Sie hat gewiß eine schöne, ansprechende Stimme, der ganz gut die Arie aus der „Butterfly“ lag. Carmens temperamentvolle Arie „Draußen am Wald von Sevilla“ gelang ihr dagegen gar nicht. Auch für das schmerzhaft verzweifelte Gebet der Tosca sang ihre Stimme zu matt, abgesehen davon, daß es ihr dafür auch gänzlich an dramatischer Gestaltungskraft fehlte. Reiz war die „Heidenfunde am Nachmittag“ mit dem rasenden Reporter Egon Erwin Kisch, der „Spaziergang am Meeresboden“ bot eine kunstvolle Unterwasserfahrt, die man auch bei schwach entwickelter Phantasie mit den geistigen Augen und allem Dazugehörigen erleben und daß „Salzburg, die Hauptstadt von Salzburg“, wird gewiß keiner der Hörer dieser Nachmittagsveranstaltung mehr vergessen.

### Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 3. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

1.30-2 Uhr nachm.: Übertragung des Glockenspiels von der Parochialkirche, Berlin. 3.30 Uhr nachm.: Frauenfragen und Frauenorgane (Hedwig Hirschberg): „Die Garçonne“ — keine Romanfigur, sondern eine soziologische Erscheinung unserer Zeit“. 4 Uhr nachm.: Jugendbühne (Sendespiele): „Prinz Friedrich von Homburg“, ein Schauspiel in fünf Akten von Heinrich von Kleist. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Dr. med. Karl Pototsky: „Das Problem des nervösen Kindes“. 7.05 Uhr abends: L. Sothackewer: „Vom deutschen Lehr- und Kulturfilm“. 7.20 Uhr abends: Hans-Riedow-Schule (Bildungskurse), Abteilung Musikwissenschaft Dr. Richard H. Stein: „Altgermanische Musik (Die Musik in Deutschland vor der Einführung des Christentums)“. 8 Uhr abends: Dr. Roland Schacht: Einführung zu dem Sendespiel „Polnische Wirtschaft“. 8.30 Uhr abends: Sendespiele: „Polnische Wirtschaft“, Pöse mit Gesang in drei Akten von Kurt Kraatz und Georg Okonkowsky; Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. Leitung: Alfred Braun. Adalbert Mangelsdorff, Stadtrat; Max Gölstorff; Gabriele, seine Frau; Margarete Albrecht; Erika, beider Tochter; Lisa Weise; Geheimrat von Veltinius; Erwin Kopp; Willi Hegewaldt, Rittergutsbesitzer; Robert Meyer; Marga Hegewaldt; Edith Karin; Hans Fiedler; Wolfgang Zilzer; Fritz Spörling, Asiatischer; Bruno Frits; Steinöl, Kunsthändler; Kurt Graf; Graf Kasimir Schoinsky; Julius Brandt; Saluschka, seine Nichte; Irma Dierks; Maruschka, seine Nichte; Renée Kürschner; Anuschka, seine Nichte; Dorothea Thieß; Petruschka, seine Nichte; Lore Braun; Augusta, Dienstmädchen bei Mangelsdorff; Hilde Langen; Minchen (auf Rittergut Groß-Karschan); Lu Ealer; Stjepanaky (auf Rittergut Groß-Karschan); Alfred Kühne; Knechte, Mädchen auf Groß-Karschan. Die Handlung spielt im ersten Akt in Berlin, im zweiten und dritten auf Groß-Karschan, einem Gute in der Provinz Posen. (Berliner Funkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kermbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kermbach).

Königswusterhausen, Mittwoch, den 3. November.

12-12.30 Uhr nachm.: Lektor Grandt u. Walinski: Französisch. 12.30-12.40 Uhr nachm.: Mitteilungen des Reichsstadtebundes. 3-3.30 Uhr nachm.: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Stud.-Rat Friebel, Lektor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Dr. Erna Hal-lacher-Friedenstahl: Entwicklung und Notwendigkeit eines besonderen Jugendstrafrechts. 4.30-5 Uhr nachm.: Aus dem Zentralinstitut. Anknüpfungen. 5.20-5.30 Uhr nachm.: Dr. phil. Wagner: Der Sternenhimmel im November. 5.30-6 Uhr abends: Geh. Ob.-Reg.-Rat Cleinow: Das heutige Rußland. 6-6.30 Uhr abends: Dir. Dr.-Ing. Litz: Aus dem Betriebe einer Maschinenfabrik. 6.30 bis 7 Uhr abends: Erz. von Glasenapp: Aus der Geschichte der Reichsbank während des Krieges und nach dem Kriege. 7 bis 7.30 Uhr abends: Dr. Birkenfeld: Das Werk Ina Seidels. Einführung. 7.30-8 Uhr abends: Dr. Wertheimer: Auslandsdeutschtum und Rundfunk. Ab 8.30 Uhr abends: Übertragung aus Berlin.

Kann ein Vogel geflogen, Ließ sich nieder in Berlin.

Liebe Berliner!

„Halpaus“ hat einen besonderen Ehrgeiz. - Wir wollen nicht nur besonders gut, sondern auch besonders preiswert sein. Dies ist uns bis jetzt gelungen, denn es gibt für 4 Pfg. kaum eine bessere Cigarette als unsere „Halpaus Rarität 200“. Genau so soll es auch sein in der 5-Pfg.-Preislage. Jeder Raucher soll auf Grund eigenen Urteils dahin kommen, daß er anerkennt: „Halpaus Mocca“ ist tatsächlich besonders gut und besonders preiswert.

Wir können dieses Ziel nur erreichen durch die Vorzüge unserer eigenen Tabak-Einkaufsorganisation.

„Halpaus Mocca“ 5 Pfg.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. Breslau und Köln

# Das Wohnungsprogramm der Gewerkschaften.

Richtlinien der Spitzenverbände für den Wohnungsbau.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, treten soden mit einem neuen großzügigen Wohnungsprogramm an die Öffentlichkeit. Seit Jahren haben sich gerade die gewerkschaftlichen Organisationen darum bemüht, durch eine Befruchtung der Wohnungsbautätigkeit sowohl dem Arbeitsmarkt eine Stütze zu verschaffen, wie endlich den großen Mangel an Wohnungen zu überwinden, der mit jedem Jahre zunimmt, wenn nicht in umfassender Weise die Herstellung von Wohnungen für Minderbemittelte durchgeführt wird. Diese Richtlinien für den Wohnungsbau, die von Genossen Dr. Martin Wagner bei ihrer Uebergabe an die Presse begründet wurden, gehen davon aus, daß heute mindestens in ganz Deutschland 800 000 Wohnungen weniger vorhanden sind, als zur Befriedigung des dringenden Bedarfs benötigt werden. Jährlich aber entsteht ein neuer Wohnungsbedarf von mindestens 150 000 Wohnungen. Um den bisherigen Fehlbetrag zu beseitigen und den neuen Anforderungen gerecht zu werden, ist nach den Forderungen der Gewerkschaften von der Reichsregierung ein für die Länder und Gemeinden bindendes Mindestwohnungsbauprogramm aufzustellen. Dieses hat

nur die Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksklassen

ins Auge zu fassen. Bei Erstellung dieser Wohnungen muß daher von der Tatsache ausgegangen werden, daß den minderbemittelten Volksklassen, den Arbeitern, Beamten und Angestellten nicht zugemutet werden kann, Zuschüsse aus eigenen Mitteln zum Bau oder zur Beschaffung der Wohnungen zu leisten, es sei denn, daß es sich um Genossenschaftsanteile handelt, die in Raten eingezahlt werden können und einen Höchstbetrag von 500 Reichsmark nicht übersteigen. Dabei darf jedoch die Zumeisung einer derartigen Genossenschaftswohnung nicht davon abhängig gemacht werden, daß diese 500 Reichsmark vor der Zumeisung der Wohnung voll eingezahlt sind.

Die gewerkschaftlichen Forderungen bestreiten die von anderer Seite behauptete Möglichkeit, in der nächsten Zeit Mietssteigerungen vorzunehmen. Sie verlangen mit großer Entschiedenheit, daß innerhalb kurzer Zeit ein Mindestbauprogramm für das ganze Reich auf die Dauer der nächsten fünf Jahre aufgestellt wird mit einer Beschleunigung, die es ermöglicht, schon von 1927 an die Bauarbeiten aufzunehmen.

Die auf Grund dieses Mindestwohnungsbauprogramms zu errichtenden Wohnungen dürfen eine Wohnfläche von 100 Quadratmeter nicht übersteigen. Die durchschnittliche Wohnfläche aller zur Errichtung kommenden Wohnungen soll je nach den bezüglichen Verhältnissen 60 bis 65 Quadratmeter betragen. Nach Ablauf von zwei Jahren ist zu prüfen, ob die Durchschnittswohnfläche nicht auf 65 bis 70 Quadratmeter und nach weiteren zwei Jahren von 70 auf 75 Quadratmeter heraufgesetzt werden kann.

Die Baukosten für eine Neubauwohnung von durchschnittlich 60 bis 65 Quadratmeter Wohnfläche müssen im Reichsdurchschnitt mit 10 000 Reichsmark je Wohnung angelegt werden.

Die Finanzierung dieser Wohnungsbautätigkeit

findet wie folgt statt:

a) Erste und zweite Hypothek 40 Proz. des Gesamtwertes	4000,— Mark
b) Hauszinssteuerhypothek 55 Proz. des Gesamtwertes	5500,—
c) Eigenkapital 5 Proz. des Gesamtwertes	500,—

Das Reich hat in Gemeinschaft mit den Ländern und Gemeinden dafür zu sorgen, daß die Finanzierung dieser Wohnungsbautätigkeit so sichergestellt wird, daß die Mietsen in diesen Neubauten höchstens 10 Proz. über die örtlich angemessenen Friedensmieten hinausgehen.

Die Tilgung der Hauszinssteuerhypothek müßte so lange ausgesetzt werden, bis es die Wirtschaftslage Deutschlands gestattet, die Mietsen im allgemeinen auch in den Altwohnungen entsprechend zu erhöhen.

Der Kapitalsbedarf für ein Mindestwohnungsbauprogramm

von 250 000 Wohnungen stellt sich unter Zugrundelegung der obigen Ziffern demnach wie folgt:

Erste und zweite Hypotheken	250 000 × 4000 = 1 000 000 000 Mark
Hauszinssteuerhypotheken	250 000 × 5500 = 1 375 000 000
Eigenkapital	250 000 × 500 = 125 000 000
<b>Summa</b>	<b>2 500 000 000 Mark</b>

Die ersten und zweiten Hypotheken sind in erster Linie dem deutschen Kapitalmarkt zu entnehmen, der nach dem gegenwärtigen Stande unweifelhaft über sehr große Beträge zu diesen Zwecken verfügt. Laut den Nachweisungen haben sich die Einlagen bei den deutschen Sparkassen im Jahre 1926 durchschnittlich je Monat um 120 Millionen Mark erhöht. Unter der Voraussetzung, daß die Sparkasseneinlagen mit 60 Proz. für den Wohnungsbau in Anspruch genommen werden, würden hier allein schon über 800 Millionen Mark vorhanden sein. Die Ziffern, die aus der Vorkriegszeit hinsichtlich der Beleihungstätigkeit der Sparkassen für den Wohnungsbau vorhanden sind, zeigen, daß im Westen Deutschlands, namentlich auch in Großstädten, der Prozentsatz, den die Sparkassen in Hypotheken angelegt hatten, zwischen 60 bis 90 Proz. der Gesamtanlagen betrug. Der fehlende Betrag für die ersten und zweiten Hypotheken ist aufzubringen durch die Hypothekenbanken und sonstigen Realkreditinstitute. Weiter sind die Träger der sozialen Versicherungsanstalten — Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und die privaten Versicherungsgesellschaften — zu veranlassen, ihre Kapitalanlage in erster Linie dem Wohnungsbau zuzuführen. Die erstellten Hypotheken sollen zu einem Zinssatz von 6 Proz. angelegt werden. Hierzu kann eine Tilgung von jährlich 1 Proz. treten.

Die erforderlichen Hauszinssteuerhypotheken sind aufzubringen auf Grund des Reichsgesetzes über den Geldentwertungsausgleich beim bebauten Grundbesitz.

Die Hauszinssteuer ist in ihrer jetzigen Form eine sozialpolitische Unmöglichkeit geworden,

da sie als Steuerquelle für allgemeine Finanzzwecke in Anspruch genommen wird. Außerdem ist die Ausschöpfung dieser Steuer

bisher in völlig ungenügender Weise durchgeführt. Infolge des Umstandes, daß die Durchführung der Hauszinssteuer auf Grund der Ländergesetzgebung heute in ganz Deutschland verschieden ist, ist der tatsächliche Steuerertrag heute nicht viel mehr als die Hälfte des möglichen Steuerertrages. Der verminderte Steuereingang beruht hauptsächlich darauf, daß insbesondere gewerbliche Anlagen und landwirtschaftliche Gebäude kaum erfasst werden und außerdem die Grundlage, nach der die Steuer erhoben wird, wesentlich niedriger ist, als die tatsächliche Friedensmiete.

Es ist zu fordern, daß 25 Proz. der Friedensmiete reiflos für den Wohnungsbau verwendet werden.

Das setzt voraus, daß 25 Proz. der wirtlichen Friedensmiete für diesen Zweck auch von allen bebauten Grundstücken ausgebracht werden. Um hier in Deutschland eine Einheitlichkeit zu schaffen, muß der Reichstag ein Gesetz erlassen, das die Erhebung von 25 Proz. der tatsächlichen Friedensmiete von allen bebauten Grundstücken für die Finanzierung des Wohnungsbaues sicherstellt.

Die Richtlinien bringen dann noch weitere Einzelheiten über die Durchführung dieses Kapitalbeschaffungsprogramms. Die fehlenden Beträge sind durch Anleihen aufzubringen. Entstehen dabei Zinsdifferenzen zwischen Anleihezinsen und Hauszinssteuerhypothekenzinsen, so sind diese aus den Erträgen der Hauszinssteuer zu decken.

Aus dem Hauszinssteuerertrag sind dem Reich drei Zehntel zur Bewirtschaftung als

Ausgleichsfonds und zur Unterhaltung sonstiger den Bau von Volkswohnungen fördernden und verbilligenden Maßnahmen

zu überweisen. Die Mittel aus dem Ausgleichsfonds sollen im Einverständnis mit den Ländern verwendet und nach dem vorhandenen Bedarf verteilt werden. Sieben Zehntel des Hauszinssteuerertrages verbleiben den Gemeinden zur eigenen Verwendung mit bindender Verpflichtung der Verwendung nach den Richtlinien des Reiches und der Länder. Bei Großstädten kann durch das Reich oder die Länderregierungen angeordnet werden, daß bis zu einem Viertel des den Gemeinden zur eigenen Verwendung überlassenen Anteils zur Dezentralisierung des Siedlungswesens in Verbindung mit vorgelegerten Gemeinden und Kreisen verwendet werden muß.

Reich, Länder und Gemeinden müssen dafür sorgen, daß für den Wohnungsbau billiges Baugelände zur Verfügung gestellt wird; notfalls durch Enteignung. Die in dem Bauprogramm vorgesehenen Wohnungen sollen möglichst von Straßenbaukosten, Anliegerbeiträgen, Gebührensteuern und Abgaben freigeschaffen werden.

Mit besonderem Nachdruck verlangen die Gewerkschaften die Förderung des Wohnungsbaues durch

Anwendung möglichst wirtschaftlicher Baumethoden.

Hier heißt es in den Richtlinien wörtlich:

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Einsparung von Baukapital durch eine Rationalisierung der Bauwirtschaft im Sinne des Serienbaues unter weitestgehender Typisierung der Bauten und der Normalisierung der Bauteile. Zu diesem Zwecke haben die Länder und Gemeinden darauf Bedacht zu nehmen, daß das öffentliche Baukapital nicht im Individualbau verstreut, sondern soweit als möglich zu Großaufträgen konzentriert wird, die unter sachverständiger Leitung erster Bauwirtschaftler und Architekten zur Ausführung zu bringen sind.

Zum Ausgleich des Saisoncharakters der Bauwirtschaft ist darauf hinzuwirken, daß die einzelnen Bauaufträge nach Möglichkeit über das ganze Jahr verteilt und daß Reparaturarbeiten im Innern der Gebäude möglichst in die Wintermonate verlegt werden, um einen produktionsverzerrenden Leerlauf der Baubetriebe zu vermeiden und den Bauarbeitern während des ganzen Jahres Beschäftigung zu geben. Ferner haben die geldverteilenden Stellen darauf hinzuwirken, daß die Herstellung von Bauteilen und Bauteilen aller Art soweit als möglich in die Zeit der Tiefpunkte des Baumarktes (Spätherbst, Winter, Frühling) verlegt wird, und daß im Vorgriff auf das nächstfolgende Baujahr die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden.

Eine Herausbringung von Großbauaufträgen bedingt, daß die Bauherren (Städte, Gemeinden, gemeinnützige Baugesellschaften, Siedlungsgesellschaften und Baugenossenschaften) bei der Herausbringung der Bauaufträge unter der Oberleitung der Städte und Gemeinden Fühlung untereinander halten, um das gegenseitige

Hochtreiben der Preise nicht nur zu unterbinden,

sondern die Preise durch eine bewußte Zusammenschaltung der Bauherrentätigkeit gegenüber den Kartellen und Syndikaten zu senken. Zur Ausschaltung von Spekulationen und Preistreibern dürfen zentrale Verhandlungen zwischen den Organisationen der Bauherren und der Produzenten von wesentlichem Vorteil sein. Unter der Leitung des Reiches ist

eine besondere Forschungsstelle

einzurichten, die in Verbindung mit den bestehenden Einrichtungen dieser Art alle Neuerungen der Bautechnik sowie neuere Baumethoden prüft und sie für die Anwendung reif macht. Die zentral gesammelten Erfahrungen dieser Forschungsstellen sind allen Organisationen des Bauherrentums und des Bauproduzententums zuzuleiten.

Die reibungslose Durchführung des Bauprogramms scheitert bis jetzt vielfach an dem

bureaucratischen Instanzenzug.

den gerade der Wohnungsbau bei der Einholung von Genehmigungen von den verschiedenen Dienst- und Amtsstellen zu überwinden hatte. Dieser bürokratische Instanzenzug ist bewußt abzubauen und die Genehmigungserteilung in eine Hand zu legen.

Wertwohnungen dürfen mit Unterstützung öffentlicher Mittel weder direkt noch indirekt geschaffen werden.

Die Zinsen der aus öffentlichen Mitteln hergegebenen Hypotheken sind zur weiteren Verstärkung des Wohnungsbaues und zur Sanierung verfallener Wohnungen zu verwenden.

Die Gewerkschaften haben reiflos mit der Formulierung ihrer Forderungen zur Bauwirtschaft, bei der sie auch die Erfahrungen der neuesten Zeit weitgehend berücksichtigt haben, sich ein großes Verdienst erworben. Die für die Durchführung der Bautätigkeit verantwortlichen Organe in Reich, Ländern und Gemeinden werden sich nun zu diesem Programm zu äußern haben. An der Art, wie sie es tun, wird man erkennen, ob es ihnen ernst ist mit einer wirklichen Bekämpfung des Wohnungsleids und einer Stärkung des Arbeitsmarktes.

## Interessenten statt Sachverständiger.

Eine merkwürdige Umgestaltung des Enqueteauschusses.

Das Reichswirtschaftsministerium hat es für notwendig befunden, drei Ersahleute in den Enqueteauschuss zu entsenden. Einer von diesen Ersahleuten ist Generaldirektor Königeter vom Stumm-Konzern. Indem das Reichswirtschaftsministerium ausgerechnet auf Herrn Königeter als Ersahmann verfällt, bricht es mit einer bestimmten Tradition. Es hat bisher darauf gehalten, daß kein Interessent in den Enqueteauschuss kam, und höchstens auf Angehörige der Spitzenverbände zurückgegriffen. Der Bruch dieser guten Tradition dürfte das Ansehen des Enqueteauschusses in der Öffentlichkeit nicht gerade steigern.

Eine andere Frage ist aber die, weshalb gerade ein Vertreter der Schwerindustrie in den Enqueteauschuss hinein soll. Allerdings steht die Erörterung der Eisenindustrie demnächst auf der Tagesordnung des Ausschusses. Will man durch die Gegenwart eines Vertreters der Schwerindustrie verhüten, daß die Eisenindustrie schlecht abschneidet?

## Wo bleibt Schacht?

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in wiederholten Äußerungen sich mit außerordentlicher Schärfe gegen die Aufnahme von Anleihen der Gemeinden im Ausland gewandt. Nach dem von Banken und Industrieunternehmern vorgezeichneten Schema, das wahrheitswidrig die Wirtschafts- und Wohlfahrtstätigkeit der Gemeinden als Vergütung hinstellt, hat er die Aufnahme von Auslandsanleihen der Kommunen unter die Kontrolle des Reiches gebracht und auch innerhalb dieser Kontrolle dahin gewirkt, daß die Bewegungsfreiheit der gemeindlichen Finanzorgane möglichst eingeschränkt wird.

Dabei hat Schacht nichts dagegen getan, daß eine große Anzahl von Anleihen zu notorisch unproduktiven Zwecken von anderen Kreisen aufgenommen wurden. Insbesondere ist erinnerlich, daß die katholischen Kirchenorgane und Bischöfe sich mit vielen Millionen an dem Rennen um Auslandsgelder beteiligt haben. Jetzt wird sogar bekannt, daß der protestantische Zentralauschuss für innere Mission in Amerika eine Anleihe von 2½ Millionen Dollar zum Ausbau seiner Krankenhäuser, Altersheime und Erziehungsanstalten aufnimmt.

Wenn die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Gemeinden vom Reichsbankpräsidium als unproduktiv hingestellt wird, weil es gerade der herrschenden Meinung der Unternehmer entspricht, so wird man den Wohlfahrtsport der Kirchen noch weniger als produktiv ansehen können. Duldet man kirchliche Auslandsanleihen für diese Zwecke, so begünstigt man die private Wohlfahrtspflege, die gleichzeitig bestimmten, konfessionellen und politischen Beeinflussungen dient, während man gleichzeitig die neutrale Wohlfahrtspflege der Gemeinden zu beschränken sucht.

Das ist ein Widerspruch, der die einseitige Einstellung des Reichsbankpräsidiums auf das treffste kennzeichnet. Wo bleibt Schacht, wenn eine Stellungnahme zu diesen Wirthänden erforderlich ist? Wir hoffen, daß er sich auf diese Frage nicht in das schöne Schweigen hüllt, das er bisher gegenüber allen sachlichen Argumenten gegen seine Stellung zu den Gemeindeanleihen gewahrt hat.

## Der Arbeitsmarkt Anfang November.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter hielt auch Anfang November und Ende Oktober die in den letzten Wochen in Mitteldeutschland und im Rhein-Ruhr-Gebiet beobachtete Besserung an, in den übrigen mehr landwirtschaftlichen Landesteilen machte sie einem Stillstand Platz. Dabei ist die Fluktuation unter den Erwerbslosen groß, so daß die Dauer der Erwerbslosigkeit vielfach geringer ist als aus dem Rückgang der Zahl der Erwerbslosen geschlossen werden könnte. Die Abnahme der Ruherarbeiten läßt dabei innerhalb der Erwerbslosenzahl insbesondere die ungelerten Arbeiter stärker hervortreten. Wo vermehrte Beschäftigung vorhanden, ist oftmals zunächst die Kurzarbeit zu beseitigen, ehe Neueinstellungen erfolgen können.

## Steigende Umfänge bei den Verbraucherorganisationen.

Nach der Wochenumsatzstatistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zeigte der wöchentliche Durchschnittsumsatz im Monat September im Verhältnis zum Vormonat einen kleinen Aufstieg, und zwar von 5,05 auf 5,19 M. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Zunahme des Durchschnittsumsatzes von 4,47 M. auf nunmehr 5,19 M. als durchaus erfreulich anzusehen. — An den Monat September entfallen rechnerisch vier Wochen, nämlich vom 6. September bis 2. Oktober. Zur Wochenumsatzstatistik berichten nur die großen und größten Konsumgenossenschaften. Die Zahl der Mitglieder der berichtenden 57 Konsumgenossenschaften beträgt 1 585 843. Sie macht jedoch nahezu die Hälfte des Gesamtmitgliederbestandes der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes aus, so daß sich ein gutes Durchschnittsbild ergibt.

Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte im dritten Vierteljahr 1926 einen Gesamtumsatz von 2 320 863 M. oder 4 66 631 M. mehr als in gleicher Zeit des Vorjahrs. Vom letzten Gesamtumsatz entfielen 1 620 103 M. auf Erzeugnisse der Druckerei und Papierwarenfabrik, ferner 685 686 Mark auf das Versicherungswesen und 15 074 M. auf das Elektrizitätswesen. In der Zeit von Januar bis einschließlich September 1926 steigerte die Verlagsgesellschaft ihren Gesamtumsatz um 1 585 818 M. gegen die gleiche Zeit des Vorjahres auf 7 063 619 Mark.

Die Beschäftigung bei Siemens. Auf Anfrage teilt die Verwaltung der Siemens u. Halske A.-G. (Berlin-Siemensstadt) mit, daß der Bestimmungseingang bei der Siemens u. Halske A.-G. und bei der Siemens-Schudert-Werke G. m. b. H. sich gegenüber der ersten Hälfte des Jahres um einige Prozent gehoben hat. Bei der Siemens u. Halske A.-G. ist die Beschäftigung nicht einheitlich. In einzelnen Abteilungen ist die Beschäftigung friedigend. Die übrigen Betriebe leiden noch stark unter dem Fehlen von Aufträgen. Bei den Siemens-Schudert-Werken sind wohl in letzter Zeit einige bedeutendere Aufträge eingegangen, doch liegt der Beschäftigungsgrad, besonders in der Rassenfabrikation, noch erheblich unter der normalen Leistungsfähigkeit.

# MAGGI'S Würze

## hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen zu RM. 6.50.



## Eine Kleinigkeit zu Tabak.

Von M. Weiß.

Wenn Dr. Frei vom Mittagessen kam, den Promenadenweg, der sich rüsterndes an den Willengärten entlang zog, traf er meistens den Alten. Vielleicht war der noch gar nicht alt; so etwa fünfzig. Wahrscheinlich hatten Rot und Entbehrung, wohl auch Krankheit, das Gesicht früh weiß gemacht: die bleichen Züge mit den ernsten Augen sprachen von Leid und Schmerzen. Stets trug der Alte denselben langen, dunkeln Rock von militärischem Schnitt; auch die Haltung des Mannes hatte etwas Militärisches. Unwillkürlich tauchte in Frei eine Heidelberger Erinnerung auf: die Gestalt eines alten, pensionierten Wachtmeisters, der sich so hartnäckig „Herr Rittmeister“ titulieren ließ, bis er selber an diese Charge glaubte. Er fand zwischen dem alten Bekannten und dem neuen bekannten Unbekannten Ähnlichkeit, nur daß diesem der Stich ins dramatischernde Gedankenhafte völlig fehlte.

Eines Tages, durch das häufige Sehen zutraulich geworden, grüßte der Alte Frei mit militärischem Gruß. Als dieser dankte, wurde der Mann kühner und schwang sich zu einer Anrede auf: „Wir sind mehrere, die damals bei dem Unglück zu Schaden kamen und bekommen Invalidenrente; es langt nicht weit, eine Kleinigkeit zu Tabak fehlt.“

„Da läßt sich wohl nachhelfen,“ lächelte Frei, dem die zwanglose und doch nicht aufdringliche Art gefiel und drückte ihm ein Fünfsilberstück in die Hand. Das gefiel dem Alten offenbar auch; nun grüßte er regelmäßig, und auch „die Kleinigkeit zu Tabak“ fehlte ziemlich regelmäßig, so daß Frei in seiner Dotation allmählich zum Rüssel herunterkam. Uebrigens blieb der Unbekannte immer höflich und immer ernst.

Eines Tages erhielt das Verhältnis einen Sprung. Es war für Frei ein schwarzer Tag, voll Verunsicherung, Verdruß und Grimmlaune. Der Alte hatte sich über den Gesichtsbarmeterstand seines Gönners wohl nicht orientiert. Als er Frei wieder anging, empfand dieser die Sache als gewöhnlichen Beittel und schmauzte ziemlich unwirsch: „So was darf doch nicht zur Institution werden. Sie erheben das ja geradezu wie eine Steuer.“

Seitdem war der Unbekannte verschwunden; er war offenbar schwer gekränkt und vermied die Promenade.

Anfangs war Frei befreit. Bald aber tat's ihm leid, das, wie es schien, empfindliche Ehrgefühl des alten Smokers verlor zu haben. Er hätte gern wieder einen kleinen Tribut gezollt. Doch der hatte sich offenbar, zu Freis Beschämung eine andere Promenade gesucht und blieb verschollen.

Etwa ein Jahr war vergangen, und Frei hatte ihn nicht wieder zu Gesicht bekommen. Eines Morgens erhielt er eine Bestellung zu einem eiligen Fall. Die Wohnung des Patienten lag im Hinterhaus einer an sich schon ziemlich engen, düsteren Straße. An der Tür eines Parterrezimmers las Frei den angegebenen, ihm unbekannt Namen.

Er klopfte zweimal und öffnete, als niemand antwortete. Er betrat ein ädes, fahles und niedriges Gemach mit ärmlichstem Hausrat. Ein alter Holzstisch, zwischen dessen Brettern Läden klappten, ein alter, roter Holzstoffer, wie ihn Dienstmädchen wohl haben; zwei alte Stühle mit Strohsitz, ein altes, großes, braungefärbenes Bett mit roten Bezügen, unter denen der Strohsack vorquoll.

Im Bett aber liegt ein stiller Mann; das Gesicht ist spitz, wächsernblau; es gehört einem Toten. Auf den ersten Blick hat Frei ihn erkannt: der Invalide ist's, dem er seine letzte Bitte verweigert hat.

Stumm starrt der Arzt in die vom Ernst der Ewigkeit geprägten Züge, die nun keine Freude mehr erhellern, kein Schmerz mehr verdüstern wird.

Er fährt herum: die Tür ist gegangen. Eine alte Frau in Kostüm und blauer Schürze steht da, die Hände reißend. Dann strömt wichtig ihre Beredsamkeit: „So, so, der Herr Doktor? Na ja, nu is er schon dot. Ihm war gestern schon nich recht. Ich wollt schon schicken, aber er hat gemeint: noch nich, wenn ihm über Nacht nich besser wird, dann soll' ich Ihnen morgens holen. Und heut hör' ich gar nichts. Er wohnt doch bei mir schon drei Jahr, seit dem Unfall, und ich klopf ein paar Male: Herr Fischer, stehn se heut nich auf, wie is' Ihn' denn? Wie is' nichts hör', mach ich auf. Diegt er und rührt sich nicht. Mein Gott, denk ich, is' er dot? Geh ran: wirklich, er is dot. Wenn das man nicht n' Herzschlag gewesen is!“

Hat er mich getauft oder nicht, sunst Frei. Hat er noch mich schicken wollen, ohne mich zu kennen, weil es heißt, ich hätte ein Herz für die Armen? Oder wollte er feurige Kohlen auf mein Haupt jammeln?

In der kalten Sachlichkeit des Berufs nimmt der Arzt die Reichen schau vor. Wie er aufblickt, sieht er überm Bett an der fahlen, grauen Wasserfarbenwand eine kurze Weichselrohrpfeife hängen.

„Es gibt ihm einen schmerzlichen Stich. Die war der letzte Freund des Armen! Und auch sie wurde toll. Vielleicht hat er seine letzten Tage in seinem äden Stall von Zimmer gefressen und den leeren Pfeifenkopf angestarrt und den Menschen gesucht, die ihm nicht mal einen Groschen zu Tabak spenden, dem Tröster finstren Einfachheit. Und dieser Fluch galt auch dir.“

Kußerlich still, ruhig, ernst, im Innern kleinlaut, traurig und beschämt verläßt Frei das äde Sterbezimmer. Er hat das Gefühl, eine unfähbare Schuld sich aufgeladen zu haben.

## Paul Lindau an Karl Marx.

Die Geschäftsmoral der bürgerlichen Presse.

In den Jahren 1870/71 hallte die Welt von den fanatischsten Bannflüchen der Bourgeoisie gegen die Internationale wider. In dieser Zeit war ein Artikel von Karl Marx, der als der vorwegene und gewissenlose Brandstifter des Kommunismus überall ausgehrieben wurde, eine Sensation für ein bürgerliches Blatt. Also — siehe sich der betriebame Paul Lindau hin und schrieb diesen Geschäftsbrief an Karl Marx:

„Die Gegenwart“  
Redaktion. Berlin, Luisenstraße 37,  
18. März 1872.

Berechtigter Herr.

Meine Schwester Anna teilt mir mit, daß Sie sich bereit erklären haben, mir für die „Gegenwart“ einen Aufsatz zu schreiben. Lassen Sie es nicht nur bei dem guten Worte bewenden. Es würde mich außerordentlich freuen und würde mir von vorrangigster Wichtigkeit sein, wenn ich gerade jetzt in dem wichtigsten Stadium des Quartalswechsels einen Aufsatz von Ihnen veröffentlichen könnte. Von der ersten Nummer des zweiten Quartals wollen wir wieder 50 000 Probenummern in die Welt schicken, und es ist mir natürlich daran gelegen, gerade in dieser Nummer die Elite-



Hergt (in Liegnitz): „Wie Deutschnationalen drängen uns zu positiver Mitarbeit im Staat.“

truppe aufmarschieren zu lassen. Könnten Sie mir bis zum 28. März einen Aufsatz schicken? Er braucht ja nicht umfangreich zu sein. Sie würden mir, wie gesagt, einen Dienst erweisen. — Ich werde mir erlauben, Ihnen die bisher erschienenen Nummern der „Gegenwart“ zuzusenden. Sie werden mit vielem nicht einverstanden sein — ein Blatt nach Ihrem Herzenswunsch wäre in Deutschland wohl schwerlich auszutreiben, aber Sie werden sich hoffentlich überzeugen, daß ich keine bornierte Rechthaberei kultiviere, den Mitarbeitern die volle Freiheit lasse, und daß ich Sie bitte, an einer literarisch anständigen Gesellschaft teilzunehmen. Die „Gegenwart“ hat hier in Deutschland einen Erfolg errungen, der in der norddeutschen Presse, so viel ich weiß, noch nicht dagewesen ist. Die doktrinar-langweiligen Zeitschriften in Leipzig und Stuttgart haben wir längst hinter uns. Ihre Mitarbeiterkraft würde dem Blatt um so förderlicher sein, als Sie ein seltener Gast der deutschen Publizistik geworden sind. Die Wahl des Stoffes überlasse ich gänzlich Ihrer Bestimmung. Seien Sie im Voraus für Ihre Freundlichkeit bestens bedankt und gestatten Sie mir, Ihnen die Versicherung meiner aufrichtigsten Hochachtung auszusprechen. Ich erlaube meine Schwester, meine Bitte noch besonders zu befürworten.

Ihr ergebener

Paul Lindau.

Marx durchschaute sofort, daß der geschäftstüchtige Lindau Kapital aus seiner gutmütigen Zulage schlagen wollte. Lindau suchte Marx gleichsam für die Schaufensterdekoration der Zeitschrift „Die Gegenwart“ zu mißbrauchen. Da kam er bei Marx übel an. Marx sandte dem Reklametrompeter Lindau keinen Artikel. Da versiel der bürgerliche Held der Feder auf den Kniff, dem großen Revolutionär den Raum der „Gegenwart“ für einen Artikel über die Internationale zu öffnen, an deren Verteilung wohl Marx damals ein starkes sachliches und persönliches Interesse hatte. Lindau unterzeichnete nämlich folgenden von ihm diktierten Brief, der sich im Archiv der Sozialdemokratischen Partei befindet:

„Die Gegenwart“  
Redaktion. Berlin, Luisenstraße 37,  
8. Mai 1872.

Berechtigter Herr.

Ich komme auf meine früher ausgesprochene Bitte noch einmal zurück. Zu besonderem Danke würden Sie mich verpflichten, wenn Sie mir einen Artikel über die Internationale schicken wollten. Es sind darüber so viele widersprechende Ansichten verbreitet, daß eine Aufklärung darüber aus Ihrer, der kompetentesten, Feder gewiß höchst erwünscht sein würde. In Nummer 17 der „Gegenwart“ wird ein Aufsatz des Advokaten Frentag (Plauen) über das Verhalten des Präsidenten in dem Babel-Liebnechtischen Prozesse vermittelt Ihr Interesse erregen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

Ihr sehr ergebener

Dr. Paul Lindau.

Was Marx der Welt über die Internationale zu sagen hatte, das verkündete er nicht in einer für den bürgerlichen Geschmack zurechtgemachten Zeitschrift. Das sprach er in den glänzenden Manifesten der Internationale aus. Lindau „mauschelte“, wie sich Arnold Ruge dert ausdrückte, in der „Gegenwart“ „alle Berühmtheiten ohne jeden Unterschied der Richtung zusammen“. P. R.

## Gewohnheitstiere.

Von Erna Büsing.

„Der Mensch ist ein Gewohnheitstier.“ sagt man so oft, ohne über die Bedeutung dieser Worte nachzudenken und oft auch, ohne zu wissen, daß Tiere zur Eingewöhnung recht viel Talent haben. Darum soll hier einmal in willkürlicher Folge von „Gewohnheitstieren“ die Rede sein.

So halten ein Bussard und eine Ringeltaube im Berliner Zoologischen Garten gute Freundschaft miteinander. Der Bussard unterdrückt seinen Appetit auf Taubenbraten, und die Taube ist ihres Lebens sicher. Sie verspürt keine Furcht vor dem Raubvogel. Prof. Dr. Hech erklärt dieses Verhältnis wie folgt: „Das macht die Gewohnheit.“ beide Vögel sind zusammen aufgezogen, und das Tier ist wirklich, das zeigt sich bei jeder Gelegenheit, ein „Gewohnheitstier“. Um ein anderes Beispiel anzuführen, seien Schleiereulen aufgezogen, die man des öfteren auf Taubenschlägen findet. Sie leben, nach den Beobachtungen von Prof. Dr. D. Schmitt, mit deren recht-mäßigen Bewohnern in stetem Frieden.

Ranche Tiere müssen, durch fortschreitende Kugbarmachung aller Grund und Bodens gezwungen, sich an vollkommen andere Verhältnisse gewöhnen, sich eben anpassen, wenn sie ihre Art erhalten

## Nur nicht drängeln!

wollen. Ein Schulbeispiel hierfür liefert die Amsel. Sie ist ein ursprünglicher Waldbewohner, befindet sich aber jetzt in Gärten und Parks wohl. So, dieser zur Familie der Drosseln gehörige Vogel hat sich sogar an die Großstadt gewöhnt. Auch paßt die Honigbiene sich gut an. Der Mensch hat ihren Nutzen voll erkannt, und als Biengenzüchter hat er sie in allen Erdteilen heimisch gemacht. Sie bewahrt ihre volle Selbständigkeit, während der Seidenspinner sie unter der überfürsorglichen menschlichen Pflege stark einbüßt. So sind keine Krupen nicht mehr fähig, allein ihr Futter zu finden. Freilich züchtet man diesen Schmetterling in China seit Tausenden und in Südeuropa seit Hunderten von Jahren.

Eine Hundemutter gewöhnt sich, wenn sie die Kleinen annimmt, meistens schnell an junge Raubtiere und zieht sie gewissenhaft groß. Sie hat offensichtlich ihre Freude an der kräftigen Entwicklung der Jungen und ist mit ihnen fröhlich im munteren Spiel. Was die Gewohnheit vermag, sieht man an der afrikanischen Kuh, die sich im Gegensatz zu der europäischen erst meilen läßt, wenn das Kalbchen vorweg getrunken hat.

Daß eine Aneinandergewöhnung bei Tieren zu treuer Freundschaft führen kann, geht u. a. aus einer Erzählung in Sven Hedin's „Bon Bol zu Bol“ hervor. Der Forschungsreisende berichtet von einem Orisnbären, der, jung eingelangt, während der Ueberfahrt auf dem Schiff mit einer Antilope Freundschaft schloß. In den Straßen einer Stadt wurde die Antilope von einer Bulldogge angefallen. Der Bär, der gleich seiner Freundin durch die Straßen geführt wurde, riß sich von seinem Führer los, stürzte sich auf die Bulldogge und richtete sie übel zu. Und Dr. Th. Knottnerus-Reyer halte im Zoologischen Garten in Rom einen Bären Teichchen, — die Besatzung eines deutschen Dampfers, die ihn als Jungtier überbrachte, hatte ihm diesen Namen verliehen —, der mit Affen, Rangen und Dachsen allerbeste Freundschaft hielt.

Trauerbäume. Bäume mit hängetriebigen Ästen, die schlaff und matt zur Erde herabhängen, bezeichnet man als Trauerbäume, und derartige Bäume werden den verstorbenen Angehörigen auch mit Vorliebe auf das Grab gepflanzt. Der am meisten in die Augen fallende Trauerbaum ist die Trauerweide, die den wissenschaftlichen Namen Salix babylonica führt. Dieser Name darf jedoch nicht dazu verführen, anzunehmen, daß unsere Trauerweide aus Babylonien stamme. Ihre Heimat ist Ostafrika. Von dort aus kam sie kaum vor dem Anfang des 18. Jahrhunderts nach Westfalen. Erst nun dort aus wurde sie nach Europa eingeführt. Die biblische Trauerweide kann daher auch nicht mit unserer Trauerweide identisch sein. Dabei mag erwähnt werden, daß dieser Baum in ganz Europa nur in weiblichen Exemplaren vorkommt. Daneben gibt es jedoch noch eine ganze Anzahl anderer Trauerbäume, die Trauerbuche oder Fagus sylvatica pendula und die Trauerbirke oder Betula pubescens pendula. Weiter gibt es auch Trauerleichen, Trauererleichen und Trauerhahnen. Manche dieser Bäume bedürfen allerdings gärtnerischer Nachhilfe. Solche Bäume nehmen sich auch an anderen Stellen wie auf Friedhöfen sehr hübsch aus, besonders an Orten, die eine gewisse Würde, Stille und Abgeschlossenheit zeigen sollen.

Wie sah der Turm zu Babel aus? Die Architekten der Deutschen Orientgesellschaft sowie die Sachverständigen der französischen und englischen Ausgrabungsarbeiten (Placc bzw. Woolley) sind in ihren Arbeiten über den biblischen Turm zu Babel nunmehr soweit zu Resultaten gelangt, daß man wohl von einer gemeinsamen Vorstellung über das ursprüngliche Bild dieses Turmes sprechen kann. Demnach hatte der Turm eine Grundfläche von etwa 91 Metern im Quadrat, vier Stöckwerke mit abgekehrten Seitenwänden und auf dem obersten Stöckwerk einen Tempel. Die Gesamthöhe betrug 92 Meter; im zweiten Stöckwerk, in einer Höhe von 51 Metern, war der in der Beschreibung des Herodot erwähnte Platz zum Ausruhen.

Ende der Robinson-Romanik? Der englische Historiker Professor Rose veröffentlicht jetzt ein Buch über die Urgeschichte des „Robinson Crusoe“, das geeignet ist, der Robinson-Romanik ein grausames Ende zu bereiten. Er stellt fest, daß das Urbild Robinsons, Alexander Selkirk, nach seiner Rettung beim Schiffsuntergang Seeräuber wurde und lange Zeit ein Kaperschiff in der Südsee befehligte. Er sammelte dabei ein recht erhebliches Vermögen, das er jedoch, nach England zurückgekehrt, innerhalb weniger Wochen verlor. Er schrieb dann, um wieder zu Geld zu kommen, seine Lebensgeschichte auf, die übrigens lange Zeit eine der wertvollsten Unterlagen für geographische Forschungen bildete. Dieses Manuscript hat ihm Defoe abgehandelt, um es erst dann in seiner moralisierenden Umarbeitung zu veröffentlichen, als der Verfasser, um seine Hoffnungen betrogen, wieder zur See gegangen war. Selkirk selbst blieb von da ab verschollen.

